

Zeitung 6 mal wöchentlich, mit Kultur, Geschäftsbürgern, "Heimat und Welt" und der Kinderberatung, "Großmutter", sowie den Zeitungsberichten "Der Feuer-Wall", "Unterhaltung und Witzen", "Die Welt des Jaus", "Rechtlicher Ratgeber", "Das gute Buch", "Rundschau", "Wissenschaftliches Begegnungsreich" u. dgl. einheitl. Zeitungsbogen. Ausgabenummer 104. Sonnabend- u. Sonntagausgabe 20. J. Hauptredakteur: Dr. G. Tiefenb. Dresden.

a. S. „Der
ne-Museum,
bildung des

ien, Frank-

In schließend
d. ihrer
ästungen,
des Euro-
in würde
erband zu
ken soll?
on allein
schen Zu-
ans An-
t. Insum-
ien Sta-
belebung
werden.
n auch
geholtet,
r Mäch-
tigt —

icker

Die Lage
ringen des
mehr und
ständig der
zu halten
eigkeiten des
sind nicht
macht, daß
sind die Ge-
gei späterer
in Me-
einer ver-
brennen,

... auf
ätzungs-
werden
Barungen
wirkt das

einziehung
begönnt
deutschen
re Täts-
voraus
Papier-
en, damit
über die

causae und
erente 12.

reale

en.
ode
09
in (1/9)
01—500
790

heater

Wahl
der
ene Frau
01—4000

der
eater

A-Rat z. Dresden Stadtbibliot
995

der
Lüchholz

der
Lüchholz
den
Satzstellen

tarium
el-Alter 2
e

Nomina

Abonnementpreise: Die geballte Zeitung 30. J. Familien-
ausgabe 10. J. Stellengebühr 20. J. Die Zeitungslage ist vom
Zeit 1. M. für Angebote unterhalb des Veröffentlichungspreises
40. J. die Zeitungslage 1. 30. J. Eriegen 30. J. Im Falle
höherer Gewalt erhält jede Bezeichnung auf Lieferung sowie
Erfüllung v. Angeboten-Bestellungen u. Zahlung d. Schadenstrafe
Gefährlicher Zeitung 30. J. Zeitschrift 30. J. Dresden.

Redaktion der Sachsenzeitung
Druckerei: L. Sauerwein 11. Berlin 2011
und 2012

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Arbeit schaffen!

Die vordringlichste Ausgabe der Regierung — Maßnahmen zur Belebung des Wohnungsmarktes

Beschlüsse des Kabinetts

Berlin, 3. Juli.

Auf der Tagessitzung der gestrigen Kabinettssitzung stand eine Anzahl Geschehe, die der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung dienen sollen. So verabschiedete das Kabinett u. a. den Entwurf eines Geschehe über Maßnahmen zur Verbesserung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues, ferner den Entwurf eines Geschehe über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und des Straßenbaues (Baukreditgesetz 1930). Außerdem wurde der Reichsarbeitsminister zur vorgrifflichen Anwendung eines 100 Millionen Mark ermächtigt, die im außerordentlichen Haushalt seines Staats zur Belebung des Baumarktes in Anfang gebracht werden. Das Reichskabinett wird seine Beratung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Preisabsenkungsfrage in der nächsten Woche fortsetzen.

Des weiteren beschäftigte sich das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung mit der ersten Lesung des Entwurfs eines Standardisierungsgesetzes (Handelsklassengesetz). Ferner verabschiedete es den Entwurf einer Verordnung über den Bezug von Spiritus zu Treibstoffzwecken.

Die Antwort der Reichsregierung auf das Brandenburg-Memorandum soll am Sonnabend fertiggestellt werden. Die Preisabsenkungssaktion wird in der nächsten Woche den Gegenstand einer eigenen Kabinetsitzung bilden.

Der Streik im Ruhrgebiet

Nur geringe Teilnahme.

Essen, 3. Juli.

Die Lage in der Eisenindustrie Nordwest hat sich nach Mitteilung der Werke, gegen gestern kaum verändert. Bei der Friedrich Krupp A. G. in Essen sind nur wenige Arbeiter der Werkstätten ferngeblieben. Der Betrieb läuft ohne Störung weiter.

Im Duisburg-Hammonia-Bezirk ist alles ruhig. In Gelsenkirchen dagegen ist es gestern vor den Betrieben der Hohenzollern-Werke zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitwilligen und Steelknocken gekommen. Die Polizei musste eingreifen und die Auseinandersetzung aufgelöst werden. Einige Rädelsführer wurden festgenommen. Das Werk mühte geschlossen werden. Von der Wahnschau sind 1500 Arbeiter betroffen. Auf dem Eisenwerk Union in Dortmund fehlten 75 und bei Hoch 80 Mann. Die Betriebe arbeiten ohne Störung. Beim Eisenwerk Phoenix sind sämtliche Arbeiter erschienen. Das Hörner Eisen- und Stahlwerk (Königswalde) hat im Zusammenhang mit dem Deggendorfer Schiedsspruch der gesamten Beleg-

schaft gekündigt. Die Maßnahmen wird damit begründet, daß es notwendig sei, die weit über Tarif liegenden Akkordlöhne herabzusetzen und neu festzulegen. Die gestern aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Organisationen sind vorläufig abgeschlossen. Die 2800 Mann starke, im Ausland befindliche Belegschaft wird am Donnerstag über die vorgeschlagene Senkung der Akkordlöhne abstimmen.

Am Düsseldorfer Bezirk hat die Lage keine Veränderung erfahren; die Betriebe sind relativ in Gang. Eine erste Vorbesprechung der Parteien zum Zwecke der Aussprache über die Regelung der Arbeitszeit und des Lohnarbeitsvertrags findet am 8. Juli statt.

Die Ausstände im Mühlheimer Revier scheinen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ihrem Ende entgegenzugehen. Am Laufe des Mittwoch wurden verschiedene Belegschaftsversammlungen abgehalten, wobei besagt wurde, daß von den gestern ausständig gemessenen 10.000 Metallarbeitern bereits über zwei Drittel die Arbeit aufgenommen haben. Außerdem sind die Belegschaftsmitglieder des Werkes Siemens & Schuckert restlos eingeschlossen. Es handelt sich hier um rund 1000 Mann. Hinter dieser Ausstandsbegehung liegen die christlichen und freien Gewerkschaften, so daß es sich um eine organisierte Kampfmaßnahme der Arbeiter handelt. Weitere sind noch ausständig die gesamte Belegschaft der Mühlheimer AG. und der Rohrtaler Walzwerke, deren Belegschaften zusammen 1000 Mann, schließen. In den Belegschaftsversammlungen wurden von Vertretern aller Gewerkschaften auf Grund der Lage im Ort und im ganzen Bezirk den Belegschaften mitgeteilt, daß eine Fortführung des Kampfes unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht zu empfehlen sei.

Oberlausiens Hochöfen leeren

Beuthen, 3. Juli.

Infolge der außerordentlich schlechten Absatzverhältnisse in allen Zweigen der Eisenindustrie ist die Zuliehnhütte, wie das Werk mitteilt, zu erheblichen Betriebseinschränkungen gezwungen. Es ist der Mitteilung zufolge unmöglich, noch weiter auf Lager zu arbeiten, da die Vorräte an Roheisen außergewöhnlich groß sind, während der Bedarf der weiterverarbeitenden Betriebszweige nur gering ist. Die Herstellung von Roheisen muß möglichst in absehbarer Zeit ganz eingestellt werden. Das Werk sieht sich zur Zeit gezwungen, den einen seiner beiden Hochöfen, die noch im Gang sind, in der nächsten Zeit stillzulegen. Auch der zweite Hochofen wird stillgelegt werden müssen, wenn nicht bald eine erhebliche Besserung der Absatzlage eintrete. Dann wäre in der gesamten oberlausischen Industrie kein einziger Hochofen mehr im Betrieb.

Der Lappo-Kreuzzug in Finnland

Protestbewegung gegen die bolschewistische Heze

In den ersten Tagen des Juli beginnt der Kreuzzug der Lappoleute nach Helsingfors, um das Parlament zu bringen durch ein Gesetz den Kommunismus aus Finnland zu verbannen und jede bolschewistische Agitation im Lande unmöglich zu machen. Heute liegt das Schicksal Finnlands in den Händen der Lappoleute.

Lappo ist ein kleines Städtchen in der Provinz Osterbotten. Dort leben finnische und schwedische Bauern, ein schwäblicher Menschenclan, der nicht leicht aus seiner Heimat zu bringen ist, der aber einmal aufgerüttelt, bereit ist alles einer Idee zu opfern. Die meisten der Lappoleute gehören Pietistischen Vereinigungen an. Für sie sind die Kommunisten Scharen des Antichrist. Sie haben den festensten Glauben, daß der Bolschewismus Teufelswerk ist, und daß jedes Mittel angewandt werden muß, um ihn aus den Grenzen Finnlands zu vertreiben. — Die sehr liberal-finnländische Verfassung gewährt bisher den Kommunisten, ebenso wie allen anderen politischen Parteien unbehinderte Presse- und Versammlungsfreiheit, aber wie überall in der Welt so missbrauchten auch die Kommunisten in Finnland ihre politischen Freiheiten, wußten gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung und verspotteten den Gottesglauben. Die Lappoleute erhoben sich dagegen. Ihr Führer, der Landwirt Koivola gab die Erklärung ab, daß er nicht eher ruhen werde, ehe nicht der Kommunismus in Finnland wie eine Schlange zerstört sein werde.

Diese Parole zündete durch das ganze Land, sie wurde überall aufgegriffen und breitete sich lawinenartig aus. Sowohl die Regierung als auch die Parteien wissen sehr wohl, daß die Lappoleute einen Staatsstreich planen, indem sie die Verfassung mit Gewalt ändern wollen, aber es scheint, daß die Regierung

weder die Macht noch den Willen hat, der Bewegung energisch entgegenzutreten. Die große konservative Sammlungspartei, mit den Freiheitshelden Finnlands, Senator Sovi und dem Sejmpräsidenten Wirkunen an der Spitze, hat sich offen auf die Seite der Lappoleute gestellt. Die Demokraten (Fortschrittl.) und Sozialdemokraten stehen zwar der Bewegung ablehnend gegenüber, aber viele ihrer Parteimitglieder sympathisieren im Hintergrund mit ihr. Die Armee und das Schulkorps jubeln den Lappoleuten zu.

Die Kommunisten haben bei den letzten Wahlen rund 130.000 Stimmen zu sammeln vermocht. Ihre Partei wird von Moskau reichlich mit Geld und Waffen unterstützt, so daß sie sehr wohl in der Lage sind, sich zu einer Gegenwehr zu rüsten. Es heißt, daß sie bereits im Geheimen rote Arbeiterbataillone aufstellen um die "Faschisten" zu bekämpfen. Finnland steht demnach vor der Gefahr eines Bürgerkrieges, der sehr leicht zu Verwüstungen mit Sowjetrußland führen kann, da ja die finnisch-sowjetische Grenze bei Petersburg, am Ladoga und in Karelien nur allzu leicht von roten Truppen verletzt werden kann. Die Lappoleute und ihre Anhänger wollen sich aber durch diese Gefahr nicht schrecken lassen. Ihre Anhänger greifen, wo immer sie finden, kommunistische Agitatoren auf und schließen sie nach Sowjetrußland ab, da man sie als Vaterlands- und Gottesfeinde nicht auf finnändischen Boden dulden will. — Etwa 50.000 Männer haben den Marsch auf Helsingfors begonnen, der mit dem Marsch der Faschisten auf Rom verglichen werden kann. Extrajuge, Flugzeuge und auch Waffen stehen den Lappoleuten zur Verfügung. Der Kreuzzug gegen den Bolschewismus hat in Finnland begonnen. Seine Bedeutung reicht weit über die Grenzen des kleinen Landes.

Der vorsichtige Reichstag

„Die Fühe derer, die euch hinaustragen werden ...“

In der Apostelgeschichte wird uns von Ananias und Saphira erzählt, die der Zorn Gottes trafen, weil sie die Leute der urchristlichen Gemeinde verlebt hatten. Petrus hatte sie zur Rede gestellt und sie gewarnt: „Die Fühe derer, die euch hinaustragen werden, stehen schon vor der Tür.“ Diese Vorauslage traf denn auch ein. „Und die ganze Gemeinde ergriff große Furcht“, schlicht dieses Kapitel der Apostelgeschichte.

Nichts könnte die Stimmung, die gegenwärtig im Reichstage herrscht, besser charakterisieren als die Erinnerung an jene Stelle der Apostelgeschichte. Die Herren Reichstagsabgeordneten haben alle nachdrücklich die Wahlergebnisse aus Sachsen gelesen. Sie haben sich angesehen und stumm gefragt: „Wenn jetzt Reichstagswahlen kommen — wie viele von uns werden noch wiederkehren?“ — Der Reichskanzler aber könnte den Fraktionen, die vor der Sachsenwahl gar so laut davon gesprochen haben, daß man auch von dem Gelingen der Auflösung nicht zurücktreten dürfe, mit dem hl. Petrus antworten: „Die Fühe derer, die euch hinaustragen werden, stehen schon vor der Tür.“ Auf der rechten Seite des hohen Hauses weiß man heute: Wenn jetzt dieses Parlament nach Hause geschickt wird, dann wird jeder dritte Mann auf der Rechten nicht wiederkehren. Die Nationalsozialisten, die 1928 nur 14 Mandate ergaben, könnten nach den Ergebnissen der Gemeindewahlen von 1928 und der Sachsenwahl von 1930 mit 50 Mandaten wiederkehren. Daneben würden die Christlichsozialen und die Volksnationalen in den Reichstag mit aus eigener Kraft gewählten Kandidaten einzehen. — Und auf der linken Seite des Hauses weiß die Sozialdemokratie, daß sie ihren unter dem Schlagwort „Kinderfeuertag statt Panzerkreuzer“ errungenen Wahlerfolg von 1928 nicht halten, sondern an die Kommunisten Stimmen verlieren wird. Alle verantwortungsbewußten Parteien aber sehen voraus, daß es in einem jetzt neu gewählten Reichstag sehr viel schwerer sein wird, eine Regierung zu bilden als im gegenwärtigen.

„Und die ganze Gemeinde ergriff große Furcht.“ — Von Reichstagsauflösung ist plötzlich nicht mehr die Rede. „Der Geist des Widerstandes“, so stellt das führende Dresdner Rechtsblatt heute resigniert fest, „der Moldenhauer mitamt seinen Plänen gestürzt hat, ist wie weggeblasen.“ Das hat der Reichstag am Dienstag in geradezu mustergültiger Weise gezeigt. Gleich zwei Misstrauensanträge standen auf der Tagesordnung: ein deutschnationaler gegen den Außenminister und ein kommunistischer gegen den Arbeitsminister. Doppelter Gelehrtheit, die Regierung Brüning durch den Sturz unentbehrlicher Ressortminister zu gefährden. Aber weder die Opposition zur Linken noch die zur Rechten verfügte Lust, diese selten schönen Gelegenheit auszunutzen. Nur Curtius stimmten die Sozialdemokraten, für Stegerwald die Deutschnationalen, und die Regierung war gerettet. Solch eine freundliche Opposition hat seitens einer Regierung im Deutschen Reich gehabt.

Die Stärke der Regierung Brüning liegt gegenwärtig in der Angst der Parteien vor der Auflösung des Reichstages. Wenn diese Chance klug und energisch genutzt wird, muß es möglich sein, das Dekretungsprogramm in allen wesentlichen Punkten durchzubringen. Wir hoffen, daß der neue Finanzminister Dr. Dietrich sich als Zielbewußter erweisen wird als sein Vorgänger, der dem Ansehen des Kabinetts Brüning nicht wenig geschadet hat. Die Begeisterung, die weit über die Grenzen der Zentrumspartei für den neuen Kanzler bei seinem Amtsantritt herrschte, ist dahin. Das braucht kein Schaden zu sein, denn populär wird auf die Dauer keine Regierung sein können, die sehr unpopuläre Steuern fordern muß. Aber man wird erwarten können, daß die Regierung schon jetzt die voraussichtliche Steigerung der Erwerbslosigkeit im Winter in den Kreis ihrer Erwägungen zieht. Sonst könnte es uns passieren, daß wir nach abermals einem Vierteljahr vor den gleichen Schwierigkeiten stehen wie jetzt. Und man wird erwarten müssen, daß der Finanzminister dem 11-Milliarden-Etat des Reiches mit ganz anderem Sparwillen zu Leibe geht, als das bisher geschehen ist. Je radikaler die Sparvorschläge der Regierung sind, desto besser. Dieser Reichstag wird seine Auflösung nicht unter der Parole: „Sparsame Regierung gegen verschwendisches Parlament!“ riskieren.

Man hat in den letzten Monaten häufig — und auch im Zentrum — von der Notwendigkeit einer Diktatur

Das Neue

In jedem Jahr Arbeitssamtes, die Arbeitskonferenz, Meisterleistung ist, Sozialpolitik zum mal der Aufruf zu von sich, daß er in seiner rechten, Konventionen tragen in seinem regelmäßigen benutzt, seine Jueller Kräfte für das zu sparen. Es mußte dazu verfasste Organisation ein Ziel nachgestellt. Und genauso sagt, daß die Arbeitszeit geraten kann, daß die fast dreihundert Internationale Wörter die vierhundert man immer wieder wundern, der sich nun pflegt, damit beginnen zu zählen, sondern außerst wenn er mit folgt.

Hat ihm, so rechtfertigen? Gleichförmige Ausführungen, wenn man ihre gewiß hatte ein Vorfahrt am ehemaliger Deutschen Delegierten notwendig.

In der Tat, Zwangsarbeit und der Verlust, in einer Zeit der Arbeitszeit im Kolonialstaat einander. Die Konkurrenz der Arbeitszeit im Kolonialstaat gezeigt wurde, nachdem die Klippenberghwerke fanden und der Arbeit sieben Stunden ungestopft der Ein- und waren, verliehen die bestätigten sich nicht, wurde der Abkommen und erhielt eine Prämie; die Arbeit der britischen Geistlichkeit übernahm wurden und der britische Regierung unter den deutlichen, da sie nicht glaubten, überstanden sein, nicht auf Ratifizierung leglich zu deren Gruppe, zu deren Gruppe.

Über der niederländische. Am zweiten Wege öffnete sich äußerlich gegeben, hende die Räder einen an die Menge, an die Kleinleute heute ist stärker, die kleinste

Bald rollt der kleinen Strahlen erfülltem Dunst. Man sieht es nur der goldenen Eifel, die Eifel steht auf. Bald tanzt die Sonne sinkt in den Himmel. Bald wird Mittwoch nachmittag durch einen schwachen Hagel beschlagen, dem ein Wolkenbruch folgt, heimlich. In Ingelheim stand das Wasser teilweise 2 Meter hoch. Der Schaden ist noch unverhältnismäßig. Die Mehrzahl der geschädigten Bauern ist nicht versichert. — In Göttingen a. d. Weser wurden Mittwoch abend ein 54 Jahre alter Konservierer, sein Sohn und dessen Braut, die während eines Gewitters unter einem Baum Schutz gesucht hatten, vom Blitz getötet. Der 15jährige Sohn des Landwirts wurde schwer verletzt.

* Überpräsident Dr. Fuchs Ehrenbürger von Trier. Am Dienstag fand in Trier eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, in der Oberpräsident Dr. Fuchs zum Ehrenbürger der Stadt Trier ernannt wurde.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarde

Witterungsansichten. Sehr warm, teilweise schwül. Vorwiegend heiter. Oerliche gewitterartige Störungen auf West-, bis Südwest Deutschland beschränkt, möglicherweise aber noch die westlichen Gebietsteile Mitteldeutschlands betreffend. Schneide bis mäßige Winde veränderlicher Richtungen.

Unverheblich ist

Amnestie angenommen

Mit Zweidrittelmehrheit gegen die Sozialdemokratie

Selbtsame Abstimmung

Berlin, 3. Juli.

Der Reichstag hat gestern in dritter Verhandlung das Amnestiegesetz in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 185 Stimmen bei 425 abgegebenen Stimmen angenommen. In dem Gesetz werden alle aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten amnestiert, wenn die Tat vor dem 1. September 1924 begangen ist und wenn sie sich nicht gegen ein Mitglied oder früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet hat. Insbesondere umfaßt das Gesetz auch die sogenannten Feuerorde. Wie Präsident Löbe feststellte, ist mit dem Resultat der Abstimmung die im § 7 der Verfassung vorgeschriebene qualifizierte Mehrheit erreicht worden. Die qualifizierte Mehrheit kam dadurch zustande, daß die Kommunisten entgegen ihrer bisherigen Haltung heute für das Gesetz stimmten.

In der vorhergehenden Aussprache wandte sich Abg. von Endeiner-Wilson (Christlich-Nat. Amt.-Gem.) gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Landsberg in der amtierenden Beratung. Es sei jetzt im historischen Augenblick der Rheinlandbefreiung angebracht, mit der Verfolgung der sogenannten Feuerorde-Brecher aufzuhören. Diese Leute, deren Taten keineswegs gebilligt werden sollen, hätten sich bei ihrem Tun von Vaterlandsliebe leiten lassen. Die jetzige Amnestie müsse allerdings die lege sein.

Rechtsjustizminister Dr. Precht erklärte eine allmähliche Überleitung zu den Grundsätzen des kommenden neuen Strafrechts für wünschenswert. Jüngste Einwirkung der Regierung auf das Reichsgericht sei aber nicht möglich. Der sozialdemokratische Rechtsjustizminister Dr. Radbruch habe bei der Verabschiedung eines früheren Amnestiegesetzes erklärt, ein solches Gesetz habe nicht verfassungswidriges Charakter. Sollte heute die verfassungswidrigende Mehrheit nicht erreicht werden, so werde das Reichsjustizministerium prüfen, ob eine solche Mehrheit überhaupt erforderlich sei.

Abg. Bleck (Komm.) warf den Sozialdemokraten Henckel und dem Abg. Landsberg Aktionen vor. Die Kommunisten

wollten die Freiheit der Arbeitnehmer an, daß bei der Behandlung der Hochverratsfälle eine genügende Überleitung zu der milderen Auflösung des neuen Strafrechts erfolgen möge.

Abg. Torgler (Komm.): Die Rechtsputzschäden würden nicht verfolgt, aber die Revolutionären von links schwächeln in den Gefängnissen. Durch die Ablehnung des vorliegenden Gesetzes würde an diesem Zustand nichts geändert werden. Die Täumeider würden doch in Freiheit bleiben. Die Annahme der Amnestie würde aber einige revolutionäre Arbeiter die Freiheit geben. Die Kommunisten würden darum in der Schlussabstimmung der Vorlage stimmen (Gefährter, Hört! Hört! und Blut! Rufe bei den Sozialdemokraten).

Abg. Landsberg (Soz.) erwiderte, die revolutionäre Gestaltung der Kommunisten zeige sich darin, daß sie mit dem Reichsjustizminister und anderen Rechtspolitikern einer Rückversicherung abgeschlossen haben. Der Reichsjustizminister habe mit seiner Erklärung offenbar andeuten wollen, daß er den Oberrechtsrat anzuweisen werde, in Hochverratsfällen nur dann Anklage zu erheben, wenn die Tatsachenormale des neuen Strafrechts erfüllt sind. Die Fassung des neuen Strafrechts sei aber auf sozialdemokratischen Antrag wegen der Stimmen der Kommunisten beschlossen worden (Hört, hört!). Mit der vorliegenden Amnestie sollen Taten straffrei bleiben, die mit vorsätzlicher Absicht begangen wurden und deren Täter zeigen die Verantwortung von sich abwälzen wollten.

Abg. Bleck (Komm.) warf den Sozialdemokraten Henckel und dem Abg. Landsberg Aktionen vor. Die Kommunisten

wollten die Freiheit der Arbeitnehmer an, daß die Justiz die fast dreihundert Internationale Wörter die vierhundert man immer wieder wundern, der sich nun pflegt, damit beginnen zu zählen, sondern außerst wenn er mit folgt.

Damit war die Aussprache beendet. Wenn die sozialdemokratischen Stimmen würden die einzelnen Abstimmungen des Gesetzes angenommen. Es folgte dann die Schlussabstimmung, die zur Annahme der Vorlage mit Zweidrittelmehrheit führte.

Englands Innenpolitik

Streit der Parteiführer

K. London, 29. Juni.

Auch die englische Politik zeigt heute Nervosität. Man muß schon ein volles Jahrhundert in der Geschichte des Unterhauses zurückgehen, um ein solch heiteres Gescheh zu finden, wie es jetzt zwischen den Leitern großer Parteien Platz gefunden hat. Bemerkungen über unaubere Hände wechseln ab mit Anklagungen auf eigenartige Todsüchte, gefälschte Adelsstitel, Vulgarität des Privatlebens, und was dieser hässlichen Vorwürfe mehr sind. Der Tonfall zwischen den politischen Extremen, zwischen Konservativen und Arbeiterpartei, hat seine übliche Gelassenheit bewahrt, aber unter den benachbarten politischen Gruppen macht sich eine steigende Neigung zu persönlichen Ausfällen bemerkbar. Hinter diesem Streit um Personen steht eine zunehmende Unruhe gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Tagesproblemen, deren Ausmaße sich auch für England als immer tierischer erscheinen. Jede politische Gruppe kämpft in sich und mit ihrem Nachbar um ihre Orientierung.

Ihren Ausgangspunkt haben diese persönlichen Kontroversen in der seidenhaftlichen Selbstverteidigung Baldwins gefunden, die sich, wie wir bereits berichteten, in eine allgemeine Anklage des Piratenwesens in der modernen Politik erweitert hatte. Die Bemerkung von den „jährlin ermordeten Vermögen, die sich in politischen Einfluss umzuschulen suchen“, hat an manchen einflussreichen Stellen eine leile Abneigung gegen Baldwin hervorgerufen. Aber auch auf liberaler Seite hat die Erwähnung der „ziehenden“ Kandidaturen Lloyd Georges zur letzten Unterhauswahl — eine Anspielung auf den Parteidritten Lloyd Georges, dessen Spenderliste eine eigenartige Übereinstimmung mit der Liste der neuen Lordschaft aufzuweisen haben soll — beträchtliche Verstimming hervorgerufen.

Lloyd George hat inzwischen diese Anspielung mit folgenden Bemerkungen beantwortet, die alle Brüder zwischen dem liberalen und dem konservativen Leader übrikt: „Als ich diese Bemerkungen las, war ich nicht mehr überrascht, daß Baldwin immer eine Vorliebe für vulgäre Verlehrte gezeigt hat... Ich kenne Baldwin und ich kann sagen, daß niemand im öffentlichen Leben weniger Berechtigung zu anspruchsvollen Ansprüchen hat als gerade er. Weder als Staatsmann noch als Geschäftsmann hat Baldwin jemals einen Erfolg zu erzielen verstanden. Es sind nur zwei Dinge, die ihm eigentlich zu verdanken sind. Das eine ist das Abkommen mit Amerika, wo er uns auf 50 Jahre zur Zahlung von 200 Millionen Dollar verpflichtete, ohne die geringste Sorge zu tragen, daß die sehr viel größeren Beträge unserer eigener Schulden eingingen, und das zweite ist die Zahlung von 23 Millionen Pfund Unterstützung an die Grubenbesitzer, um einen Streit zu beenden, der durch so keine Beendigung fand. Wantwütig, untätig, hilflos, das ist der Mann, der ohne Provokation liberale Kandidaten angreift, eine der niedrigsten handlungen, die ein großer politischer Leader jemals begangen hat.“

Zur gleichen Zeit hat Baldwin noch einmal auf seine Auseinandersetzung mit Lord Rothermere zurückgegriffen, in dem Baldwin in erster Linie den Typus des geschäftsmäthigen Politikers vertreten sieht. Er kritisiert Rothermere, der mit einem Bruder Lord Northcliffe der aus Polen eingewanderten Familie der Harmsworth entstammt und heute Besitzer der „Daily Mail“ und der „Evening News“ ist, mit folgenden Bemerkungen zu ironisieren: „Diese interessante Edelmann begründet seine Forderung nach einem leisnädigenen Führer wie Beaverbrook mit der Erklärung, daß wir uns mittler einer revolutionären Epoche befinden. Nun, ich weiß, daß Lord Rothermere längst als erster noch Süßfrankreich gehen würde, wenn wir wirklich eine Revolution hätten. Jeden veröffentlichte seine Lordschaft zwei Tage später in Seiner Lordschaft Organ einen Artikel, der „vollere und heitere Frauen“ verlangt. Solange ihm noch diese Frage bewegt, wird die Bewirbung über die „Revolution“ wohl

noch nicht so groß sein, und seine Lordschaft hat wohl durch seinen Hut, oder besser gesagt durch sein Königin gesprochen, als er uns von der Revolution erzählte... Weshalb interessiert sich Lord Rothermere eigentlich nur so für mich und das fünfjährige Kabinett der Konservativen? Ich bringe es wirklich nicht fertig, den Right Honorable Edward Harmsworth (Sohn Rothermets, Abgeordneter) zum Schachmatt zu machen...“

Diese persönlichen Auseinandersetzungen zu verfolgen ist keineswegs erstaunlich, wenn in ihnen auch Züge von unerlässlicher Komik enthalten sind. Aber sie sind deshalb von Bedeutung, weil sie die gegenwärtige Situation der englischen Innenpolitik beleuchten. Das Labourkabinett lebt heute nur noch von der Schwäche seiner Opposition, und diese ist heute in sich so uneins, daß es zu den wiedergegebenen öffentlichen Auseinandersetzungen kommen kann. Auch den englischen Parteien fällt es schwer, gegenüber den elementaren Problemen der Nachkriegspolitik eine Orientierung zu finden — so schwer, daß die Gentleman-Attitude ihrer Länder empfindliche Eindrücke erleidet.

Der Irak unabhängig
Bündnis- und Freundschaftsvereinigung zwischen dem Irak und England.

Bagdad, 2. Juli. (Reuters.)
Vorgerstern wurde hier ein Bündnis- und Freundschaftsvereintrag unterzeichnet, der im Kraft treten soll, sobald der Irak Mitglied des Völkerbundes ist.

Der Irak erhält völlige Unabhängigkeit; das britische Mandat hört bei Inkrafttreten des Vertrages automatisch auf und alle britischen Streitkräfte werden binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages zurückgezogen. England erhält des Rechtes, drei Flugzeug-Schiffe zu stellen wechselseitig des Euphrat und des Schatt el Arab zu errichten, die von den Irak-Truppen auf Kosten Großbritanniens zu schützen sind.

Blutige Zusammenstöße in Aleppo

London, 2. Juli.
Gelegenlich der Propagandareise Nahas Pasha kam es am Dienstag in Bagdad zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Bevölkerung, in deren Verlauf vier Personen getötet und eine große Anzahl verwundet wurden. Bei keiner Auseinandersetzung in Bagdad verantworte die Bevölkerung den Führer der Wahlpartei. Bei dem Verzug die Menge auseinandergetreten, wurde die Polizei mit Steinen beworfen, worauf sie das Feuer eröffnete. Der Ministerpräsident Sidiq Pasha hat aus Anlaß dieses Vorfallen bekanntgegeben, daß er alle weiteren Auseinandersetzungen der Wafdisten verhindern werde.

* Unwetter. Die Gegend von Ingelheim a. d. Bergstraße wurde Mittwoch nachmittag durch einen schweren Hagel beschlagen, dem ein Wolkenbruch folgte, heimlich. In Ingelheim stand das Wasser teilweise 2 Meter hoch. Der Schaden ist noch unverhältnismäßig. Die Mehrzahl der geschädigten Bauern ist nicht versichert. — In Göttingen a. d. Weser wurden Mittwoch abend ein 54 Jahre alter Konservierer, sein Sohn und dessen Braut, die während eines Gewitters unter einem Baum Schutz gesucht hatten, vom Blitz getötet. Der 15jährige Sohn des Landwirts wurde schwer verletzt.

* Oberpräsident Dr. Fuchs Ehrenbürger von Trier. Am Dienstag fand in Trier eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, in der Oberpräsident Dr. Fuchs zum Ehrenbürger der Stadt Trier ernannt wurde.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarde

Witterungsansichten. Sehr warm, teilweise schwül. Vorwiegend heiter. Oerliche gewitterartige Störungen auf West-, bis Südwest Deutschland beschränkt, möglicherweise aber noch die westlichen Gebietsteile Mitteldeutschlands betreffend. Schneide bis mäßige Winde veränderlicher Richtungen.

gesprochen. Von Diktatur zu reden aber ist Zeitverschwend, man muß sie machen oder nicht machen. Wir glauben, daß jetzt die parlamentarische Möglichkeit gegeben ist, der Regierung die Handlungsfreiheit zu verschaffen, die sie zur gründlichen Sanierung des Reichsstaats nötig hat. — Im Zentrum aber sollte man nichtern überlegen, wie der Stand unserer Partei wäre, wenn jetzt der Reichstag aufgelöst würde. Könnte man das Ergebnis der Gemeindewahlen von 1924 als Wahlobst annehmen, dann hätten wir eher Gewinne als Verluste zu erwarten. Aber seitdem hat sich manches geändert. Sehen wir nicht den Tatsachen ins Auge und arbeiten wir so, daß wir — mögen die Dinge im Reichstag laufen wie sie wollen — jedenfalls nicht zu denen gehören, die eine Auflösung zu fürchten haben!

Dyk.

Das alte Lied

Immer wieder einmal: Abrüstung...

London, 3. Juli.

Nach einer Meldung des diplomatischen Berichterstatters des „Daily Telegraph“ soll der niederländische Vertreter der vorberührenden Friedenskonferenz London, beflossen haben, eine Erhöhung der Konferenz für November einzuberufen, trotz des französisch-italienischen Streites in der Frage der Seebedeutung.

Vatic. 3. Juli.

Das Aktionskomitee für den Völkerbund hat seither unter dem Vorsitz des Senators Henry de Souza eine große Runde abgehalten für Abrüstung und Frieden veranstaltet. Sie wußte u. a. den deutschen Vorsitzenden von Hochof zu. Der radikale Abordnete Coli empfahl keine Vereinten Frieden in einer Versammlung zu Waco dargelegt. Aufschluß, daß Schiedsgericht, Frieden und Abrüstung nicht eine starre Reihe bilden, sondern drei Elemente eines wesentlich Problems. Die Abstimmung sei hinter der Sicherheit im Rückstand verblieben. Man müsse vor allem die soziale Einstellung der meisten Völker verstehen, um den Rückstand auszuheben. — Paul Boncourt erklärte, er wünsche, daß eine derartige Versammlung vor allem in London Berlin (1) und Rom abgehalten würde.

Aum Sitzung eröffnet Senator de Souza mit das Wort: Das internationale Schiedsgerichtsgericht wurde, so erklärte er, eine Täuschung sein, wenn es sich nicht auf ein Solltem internationaler Richterherrschaft zu beziehen. Er verlangte, daß die Reaktionen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes verschärft werden. 1. Geltende Einstellung des Rückstandes durch militärische Sicherstellung der sozialdemokratischen in Europa bestehenden bewaffneten Kräfte. 2. Prüfung von Garantienvereinbarungen, die eine wirkliche Friedenssicherheit herstellen würden. 3. Schaffung einer internationalen Streitmacht, die es dem Völkerbund ermögliche, über die Ordnung zu wachen.

Die allgemeine Abrüstung ist Deutschland im Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich vorgesehen. Ah schen Wörtern über die Vereinten Frieden hat es seitdem nie gesehnt. Aber an Taten hat bisher niemand den Mut gefunden. — An diesem Aufstand dürfte auch die Pariser Kundgebung und die neue Einstellung der Frau in Europa nichts ändern.

Die ungarische Königsfrage

Prinz Otto von Habsburg im Genf.

Genf, 3. Juli.

Was gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß Prinz Otto von Habsburg sich am Sonntag und Montag in Genf aufgehalten hat. Er war in einem kleinen Hotel abgestiegen, wo er sich in das Fremdenbuch als Otto von Bourbon eintrug. An seiner Beerdigung befand sich ein Prinz von Bourbon. Prinz Otto ist weiter vornmittag nach Conches weitergereist. Die Gerüchte, daß er gekreuzt sei, seine Gattin bestimmt mit machenden Völkerbundvertretern in Führung getreten sei, sind nicht zutreffend.

Prinz Otto, der älteste Sohn des letzten österreichischen Kaisers Karl, ist bekanntlich der Anführer auf den ungarischen Königsthron. Londoner Blätter wollen nun wissen, daß er und seine Mutter, die ehemalige Kaiserin Zita, mit ungarischen Kreisen in Genf Führung genommen haben, um die Frage der Einsetzung des Prinzen als König von Ungarn zu klären.

Lenins Witwe auf dem Parteitag

Moskau, 1. Juli.

Im weiteren Verlaufe des kommunistischen Parteitages sprachen die Vertreter der örtlichen Organisationen. Ferner ergriff das Wort Frau Krupskaja, Baumann, Potschowski, Jaroslawski, Miljan, Petrowitsch u. a. Die Redner hielten die Unzulänglichkeit der Erklärungen Roms, Tomsk und Ulanow fest und verlangten, daß die ehemaligen Führer der Rechtsopposition sich nochmals äußern, sich eindeutig voll und ganz auf den Standpunkt der Partei stellen und den Kampf gegen die Rechtsbewegung aufnehmen.

Allgemeine Aufmerksamkeit erregte in der Dienstagssitzung des Austritts der Witwe Lenins Krupskaja. Sie wies auf die Richtigkeit der Zentrallinie der Partei hin und betonte, daß schon Lenin die große Bedeutung des sozialistischen Umwandes der Landwirtschaft erkannt habe. Krupskaja, der man bis jetzt Sympathien für die Rechtsopposition nachgefragt, wurde im Verlaufe ihrer Rede wiederholt aus den Reihen der Teilnehmer aufgefordert, sich zu den Erklärungen Roms und Tomskis zu äußern. Sie kreiste die Frage der Rechtsgejagte aber nur mit wenigen Worten, und der amliche Bericht hebt hervor, daß sie es sich auf mehrmäßige hartnäckige Zwischenfälle hin, kurz auf die Reden der Rechtsführer eingelassen. Sie erklärte, sie hätten diese Reden nicht befriedigt. Insbesondere Tomski, ein hervorragender Arbeiter, „hätte anders über seine Fehler sprechen müssen“. Auch an Roms Erklärung, die sie bei den Austrittsverhandlungen gegeben hat. Der offizielle Bericht, der die Reden der Krupskaja sehr ausführlich behandelt, enthält an keiner Stelle einen Hinweis darauf, ob sie auch diesmal Teil soll gefunden hat, mit dem die Witwe Lenins bisher stets von allen Parteilagen begrüßt wurde.

* Beim Eintritt eines Neubaues in Bensheim i. Br. wurden zwei Arbeiter verletzt, die durch Klopfzeichen über zu erkennen gaben, daß sie noch am Leben sind. Sie konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Das Ergebnis der Arbeitskonferenz

Neue Sozialkonventionen

(Von unserem Vertreter.)

H. Gens, 30. Juni.

In jedem Jahr hält der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, seine große Rede vor der Arbeitskonferenz, eine Rede, die durchweg eine oratorische Meisterleistung ist, und die Hauptprobleme der internationalen Sozialpolitik zum Gegenstand hat. Eine Rede auch, in der niemals der Aufruf zu weiteren Ratifizierungen fehlt (Thomas sagt von sich, daß er in seiner letzten Brüderrede ein Familienschild und in seiner rechten, stets griffbereit, einer Liste der unratifizierten Konventionen trage), und in der er darüber hinaus, wie auch in seinem regelmäßigen gedruckten Jahresbericht, die Gelegenheit benutzt, seine Zuhörer zu immer stärker werdender Anspannung aller Kräfte für das Werk der internationalen Sozialpolitik anzuspornen. Es mag sein, daß der Eifer des Mahners ihn zuweilen dazu verführt, die Gefahren, die der Internationalen Arbeitsorganisation drohen, zu übertrieben, weil er weiß, daß man ein Ziel nur dann erreicht, wenn man es sich sehr stellt. Und gewiß heißt es harde Worte gebrauchen, wenn man sagt, daß die Arbeitsorganisation leicht in akademische Erstarrung geraten könne, — zumal, wenn man dabei berücksichtigt, daß die fast dreißig großen Sozialabkommen, die bisher auf Internationalen Arbeitskonferenzen geschlossen wurden, schon an die vierhundert Ratifizierungen erreicht haben. Dennoch muß man immer wieder den persönlichen Mut dieses Mannes bewundern, der sich nicht, wie man das im Völkerbund sonst zu tun pflegt, damit begnügt, wirtschaftliche und scheinbare Erfolge aufzuzeigen, sondern auch einmal den Finger an eine Wunde legt, selbst wenn er mit dieser Handlung einen politischen Zweck verfolgt.

Hat ihm, so muß man sich fragen, diese Arbeitskonferenz zugeschrieben? Sie hat es nicht, wenn man allein seine tatsächlichen Ausführungen in Betracht zieht, — sie hat es wohl, wenn man ihre politischen Hintergründe würdigt. Denn ganz gewiß hätte ein Mann wie Thomas, geschulter Parlamentarier mit feinsten politischen Fingerspitzen, niemals die Worte von „radikalischer Erstarrung“ dieser Konferenz vorgehalten, wenn er nicht gewußt hätte, daß ein solcher Appell an die Delegierten notwendig gewesen wäre.

In der Tat, von den drei Themen der Konferenz, Zwangsarbeit, Arbeitszeit der Angestellten und der Bergleute, hatte zunächst nur das mittlere Ausicht, in einer internationalen Konvention gelöst zu werden. In der Zwangsarbeitsfrage und bei den Beratungen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau plagten die Gegenseite hart aufeinander. Die Kommission, die den Abkommensentwurf für die Arbeitszeit im Kohlenbergbau feststellten mußte, und von dem ehemaligen Arbeitsminister Dr. Braas vorbildlich geleitet wurde, stand mehr als einmal vor der Aufführung, und nachdem die Klippen der Braunkohlenfrage (die Braunkohlenbergwerke sollen im Abkommen nicht berücksichtigt werden) und der Arbeitszeit, die nach langen Kämpfen auf sieben Stunden und fünfundvierzig Minuten täglich mit Einschluß der Ein- und Ausfahrt festgesetzt wurde, glücklich umschifft waren, verliehen die Unternehmervertreter die Kommission und beteiligten sich nicht weiter an ihren Arbeiten. Aber auch so wurde der Abkommensentwurf geschlossen, kam vor der Vollkonferenz und erhielt dort im letzten Augenblick noch eine neue Fassung: die Arbeitnehmergruppe, innerhalb deren die Vertreter der sächsischen Gewerkschaften in der Minderheit blieben und überstimmt wurden, lehnte einen Artikel des Entwurfs, der 60 jährliche Überstunden vorsah, und machte es damit einer Reihe von Regierungsdelegierten wichtiger Kohlenländer, darunter den deutschen, unmöglich, für den Entwurf zu stimmen, da sie nicht glaubten, daß ein Abkommen ohne irgendwelche Überstunden (ein solches Abkommen existiert bisher nicht), Aussicht auf Ratifizierung haben werde. So scheiterte die Konvention schließlich an der unglücklichen Taktik der Arbeitnehmergruppe, zu deren Vorteil sie durchaus gewesen wäre.

Auch bei der Konvention zur Abschaffung der Zwangsarbeit war es durchaus noch nicht sicher, daß sie

in der Konferenz die nötige Zweidrittelmehrheit finden werde. Hätte sie wirklich die vollkommene Befreiung der Zwangsarbeit vorgesehen (sie verbietet nur Zwangsarbeit zu privaten Zwecken, und schränkt sie für öffentliche Zwecke nach der sozialen und hygienischen Seite hin ein), so hätten gewiß die Kolonialländer, die jetzt bei der Endabstimmung sich der Stimme entzogen, nämlich das durch einen Regier vertretene Frankreich, Portugal, Belgien und Indien, ein direktes Nein gesprochen. Auch so ist es freilich fraglich, ob die nunmehr endgültig abhandegelangene Konvention von diesen vier Ländern ratifiziert und durchgeführt wird.

Einigermassen reibungslos entstand schließlich die zweite der von der Konferenz angenommenen Konventionen, das Abkommen über die Arbeitszeit der Angestellten, das den Arbeitstag und die 48-Stundenwoche im Prinzip vorsieht, mit der Maßgabe, andersartige Verteilung der Wochenstunden auf die Arbeitstage, wenn nur 10 Stunden täglich nicht überschritten werden. Ob auch diese Regelung in zahlreichen europäischen Ländern eine Talfache, und auch, trotz der ausdrücklichen Wünsche der Angestelltenvertreter, die Krankenhäuser, Theaterbetrieb, Hotel- und Restaurantsangestellten nicht in die Konvention einbezogen, so wird sie doch für eine ganze Anzahl von Staaten, die sozial noch weniger fortgeschritten sind, die Anpassung an die sozialen Verhältnisse in anderen Ländern vorbereiten.

Opfer einer Unfälle

Königsbrück, 3. Juli. Als in der Nacht zum Mittwoch zwei Reichswehrsoldaten von Königsbrück nach dem Truppenübungsplatz heimkehren wollten, kamen sie unterwegs auf den Gedanken, sich auf einen in gleicher Richtung fahrenden Lastkraftwagen zu setzen. Sie schwangen sich auf den Anhängewagen, ohne daß der Kraftwagenführer etwas merkte, und saßen bis zum Eingang des Truppenübungsplatzes mit. Dort versuchten sie abzuspringen. Der erste, der abgesprungen war, wurde später schwer verstummt tot aufgefunden. Der zweite entzog sich wegen der hohen Fahrtgeschwindigkeit zunächst den Abprung nicht und fuhr noch etwa 700 Meter weiter, bis er ebenfalls vom Wagen sprang. Er wurde später schwerverletzt aufgefunden und mußte in bedenklichem Zustand ins Lazarett gebracht werden. Beide Soldaten sind nach dem Abpringen überfahren worden. Der Lastkraftwagenzug konnte noch nicht ermittelt werden.

Auf der Straße Neues Lager-Schmarckau scheute das Pferd eines Oberhanoniers vom Artillerieregiment 6 und traf seinen Reiter ab. Dieser mußte schwerverletzt dem Standortlazarett zugeführt werden, wo er bald darauf verstarb.

Zwei Konventionen in drei Wochen, die, wenn auch vorläufig gescheiterte Vorarbeit für eine neue im nächsten Jahr, das ist in seiner Gesamtheit ein gewiß nicht unbedeutendes Ergebnis. Freilich wird es seine wahre Bedeutung erst durch die Ratifizierung erhalten.

Das sächsische Preisträffel

Wie bilde ich eine Regierung?

Dresden, 2. Juli.

Am kommenden Sonnabend wird der Landtagssitzung zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Tagesordnung der ersten Landtagssitzung am 10. Juli Beschluss zu fassen. Voraussichtlich wird sich der Landtag in dieser ersten Sitzung darauf beschließen, sich zu konstituieren, d. h. das Präsidium und die Ausschüsse zu wählen. Wer Präsident des neuen Landtages werden wird, ist noch wie vor unklar, da die Rechte es bekanntlich abschafft, den Abgeordneten Wedel nach der einseitigen Haltung, die er bei der Beratung der Frage des 9. November bewiesen hat, wieder zum Präsidenten zu wählen. Im neuen Landtag wird in bezug auf die Sitzordnung darauf bestanden, daß Nationalsozialisten ihre Plätze auf dem äußersten rechten Flügel anzusegnen.

Im übrigen ist man weiter eifrig bemüht, die Möglichkeiten in bezug auf die Bildung einer neuen Regierung in Sachsen zu klären, ohne daß jedoch in positiver Hinsicht bisher ein Erfolg erzielt worden wäre. Eineklärung ist bisher lediglich insofern eingetreten, als es die Demokraten (und wohl auch die Volksnationalen) nach wie vor ablehnen, sich an den auf Einladung der Deutschen Nationalen für nächsten Montag vorbereiteten weiteren Verhandlungen zwecks Bildung einer „markistischen“ Regierung zu beteiligen. Die Deutsche Volkspartei hat diesmal ihr Erscheinen zu den Verhandlungen zugesagt.

Die Aussöhnung der Wirtschaftspartei

Der ehemalige sächsische Finanzminister Dr. Weber, der zu den führenden Köpfen der sächsischen Wirtschaftspartei gehört, hat in den Leipziger Neuesten Nachrichten (Nr. 183) einen Artikel veröffentlicht: „Das Problem der sächsischen Regierungsbildung.“ Er schreibt:

„Der Ausgang des sächsischen Landtagswahlkampfes zeigt die ganz deutliche Tendenz des Volkswillens gegen die Regierungsförm der „Großen Koalition“. Es ist eine nachweisbare Versäufung des Wahlausgangs, wenn man ihn im gegenteil-

gen Sinne auslegt oder auslegen will.... Wie schon gesagt, besaß die Große Koalition zwischen Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei und Mitsozialisten im aufgelösten Landtag 52 Stimmen. Diese Stimmenzahl ist im neuen Landtag zurückgegangen auf 43 Stimmen. Das ist doch ein ganz eindeutiger Beweis, daß der Wille des Volkes gegen die Große Koalition eingestellt ist. Das Wahlergebnis hat auf einmal der Wirtschaftspartei die bürgerliche Schlüsselstellung gegeben, ohne die weder eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten möglich ist.

Die neue sächsische Regierung muß deshalb auf bürgerlicher Grundlage gebildet werden. Es ist nur einmal Tatsache, daß die Nationalsozialisten verdreist in den Landtag einzehen und daß schon die Verfolgung parlamentarischer Grundsätze ihnen damit die Regierungsvorantwortung ausgerichtet ist. Es ist weiter Tatsache, daß die Nationalsozialisten ihren Stimmenzuwachs ausschließlich aus bürgerlichen Kreisen erhalten haben. Für die bürgerlichen Parteien ist es auch ein Gebot der Selbstverteidigung, daß dem Volke durch die verantwortliche Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten gezeigt wird, was diese von den gemachten Versprechungen zu erfüllen in der Lage sind.... Der Parteiführer Hitler hat ja in den letzten Tagen Richtlinien für die von den Nationalsozialisten in den Ländern zu befolgende Politik aufgestellt, die durchaus nichts Neues darstellen und die auf bürgerlichen Grundsätzen aufgebaut sind. Nach diesen Richtlinien ist eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten durchaus möglich. Ganz besonders muß daran festgehalten werden, daß sie sich für eine eiserne Sparsamkeit in der neuen Verwaltung einleben wollen. Die Ordnung der Finanzen des Landes und gleichzeitig die Ordnung der Finanzen der Gemeinden, die ohne starke Eingriffe nicht möglich sein wird, ist das vorrangigste staatapolitische Problem der sächsischen Regierungsführung.

Wenn gegen die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten auf die Verhältnisse in Thüringen verwiesen wird, so überblickt man, daß in Sachsen andere verfassungsrechtliche Verhältnisse vorliegen. In Sachsen bestimmt der Mini-

Befreiung!

Zum 1. Juli nach Trier.

Von Alfred Welt.

Nächtliche Fahrt.

Über der niederrheinischen Ebene liegt gewittergelbe Abendonne. Am reisenden Kornfeldern vorbei, heimlich-versteckte Wege öffnend, stampft der Zug nach Köln. Es ist — äußerlich gesehen — wie jeden Sommerabend. Doch rattern heute die Räder eine weithin hallende Melodie: An die Mosel, an die Mosel, an die Mosel! — — Deswegen sieht man die Kleinigkeiten heute anders als gestern: der Duft des Landes ist stärker, die rheinische Ebene lädt mich an.

Bald rollt der Saarzug aus dem Kölner Hauptbahnhof. — Die Sonne sinkt hinter einen goldglänzenden Wollentand. Die leichten Strahlen erschaffen das weisse Land des Vorgebirges mit rotem Dunst. Man glaubt weit, weit sehen zu können, und doch ist es nur der goldene Schleier, das endlose Fernen vorläuft. Die Höhen der Eifel rücken wie eine steinerne Schrift im Horizont auf. Bald taucht der D-Zug im dunklen Waldtal unter. Die Eifel schaut mich an. Steiniges Land, dein Schicksal schaut dir aus den Augen: Von den großen Vogelgewässern vielfach verlassen, von den Fremden als Hauptland länger denn ein Jahrzehnt besetzt gehalten. Warum verstehen wir Automobilmenschen von heute deine herbe Sprache nicht mehr? Jede Kurve des dunstenden Tales zeigt mir ein anderes Antlitz, und doch ist es immer das eine, geheimnisvollernste. — Eifel! Letzte Erinnerung so manches Soldaten an die Zeit, da er mit zerstörten Geschützen nach Jahrelangen, ach, vergesslichen Kampf in die Heimat zurückzog. Dahlem — Schmidheim, Röhl und döster ruht die rauhe Hochfläche, der Zug leuchtet über den Scheitelpunkt. Ende November 1918. — Ein schweigender Kolonne zogen wir damals in vorgekitteter Dämmerung aus Dahlem, wo wir uns gerade eingeschossen hatten. Die französischen Quartiermächer beanspruchten nach dem Raumungsplan das Dorf als Unterkunft für die Nachts. Im nächsten Dorf rheinwärts mußten dafür die Kameraden noch enger zusammenrücken, als sie es schon immer taten. Die Straße, die wir das Mal nächtlich zogen, überquert der rasende D-Zug.

Unversehens ist die Dunkelheit vollkommen geworden. Der

Eifelwind rüttelt an den Ästeisensternen, Regen plätscht. Die nahen Hellen werken den stampfenden Rhythmus des Juges dumpf zurück.

Ja laufender Fahrt geht es nun das enge, gewundene Kollatal abwärts. Wieder muß ich hinaussehen. Tief hängt eine schwere Wolke über dem Hügelchen, nur im Norden glimmt ein lichter Streifen. Ueber dem Kästern der Räder, dem Schütteln des Wagens steht für einen Augenblick das Rauchen eines Zuges. — Wenn eine Statistikrietet dieses Land nach einer Knachtshaft von 12 Jahren! Eine lange, dumpfe Reihe von Schülern, von Entbeugungen deutscher Männer und Frauen im Namen der „Mürde der Besatzungstruppen“. Hunderte von Überfällen auf Frauen und Mädchen, Knabenhandlungen durch Schwarze, sadistisches Zertreten der Männerseite vor den Augen der Frauen: Dinge, die einem heute noch das Blut zu Kopfe treiben! Juniel, allzuviel hat dieses Land erdulden müssen. Vorbei, vorbei! „Auf der Freiheit kann verzeihen!“ — Draußen huschen Lichter vorbei. Der Zug verharrt in Gerolstein. Schnell aber zieht die Lokomotive wieder an: „Auf Trier, auf

Ein letzter Tumult, ein jähres Rücken an der Kurve, der Zug rollt ins breite Moeltbeden von Trier. Da steht die Stadt. Ihre Richter dehnen sich im Tal, strecken die Moelthänge hinauf und schwingen aus an der Marienstraße, die mit strahlendem Mond und Heiligenschein das Tal front. Auf dem Bahnhof keine fremde Reichtum mehr, kein Volken! Die Straßen sind leer, Trier schläft, bereit von einem bösen Traum.

Trier nicht mehr zu halten!

Sonne über Trier! Goldgrün leuchten die Waldberge, Wollentische liegen den Oden. Goldene Lingen; Peter und Paul, Patroninum des hohen Domes! — Die Stadt ist nicht mehr zu halten! Gehirn noch haben wie vorsichtigen Leuten im Abteil aus einem Reichswicholdaten mit vereinten Rädern einen heilsigen Zivilist gemacht. Morgen nach 24 Uhr... — hören die Ordonnanz der Bezeugungsbereiche auf, um zu hören.

Trierer aber hören sich heute schon nicht mehr daran! Man will ja „fortsetzen“ sein, man kriegt es aber nicht fertig! Heute vormittag reißen alle Hebergangsmahnmahmen. Als der Bischof das feierliche Befreiungs-Tedebum anstimmt, schreien die uralten Männer des Domes zu berufen. Nun ist kein Platz mehr. In einigen Minuten stehen die Straßen unter Schlagnschmied. Feierlich bewegt läuft die Menge darunter her! Wollentider verlaufen Befreiungsabzeichen. Nedet ein Wändchen! Die hässliche Polizei konzertiert in der Promenade. Deutschland, Deutschland über alles! Wer fragt noch nach verbotenen Liedern! Noch 26 Stunden bis zur Befreiung? Nein, Sonntagmittag schon hat sich Trier selbst bereit. Um 11 Uhr bringen 120 katholische Sänger ihrem künftigen Regierungspräsidenten eine Ovation dar. Die Freude ist grenzenlos. Da zwischen Lingen die Glöckchen. Der Trierer ist aus Band und Band. Altu viel mußte diese Stadt ertragen, nun hämmert die Freude über!

Wieder erhebt sich ein Bild vor meiner Seele. Januar 1923. Tumpf löste der Kühleinbruch auf Trier. Blitzeböen fliegen in den Kirchen. In den Abendstunden rissen die Herzen. Generalstreik! Kein Licht, kein Fahrzeug! Die sonst so ruhige Bevölkerung rotet sich zusammen, es bilden sich Gruppen, Kolonnen, und unter schallenden Riedern marschiert eine häufiige Menge durch die dunklen Straßen. Man singt und marschiert sich das Herz frei! Am nächsten Morgen Belagerungsaufstand! Truppen von Spahis sprengen durch die Straßen und

seiner Überzeugungen das Ge-
der deutsche
Leiter aus-
nützen zu-
sich selbst
alle Kombi-
nen, wie zum
neuerlich-
d eine Ent-
stehen werden."

er Kranken-
er. Werther,
am Dienst-
ender Arzt
riedrichstadt

Böhmisches

den in der
gegangenen
erhält noch
te bis Peit-
befindlichen
eiten. Sind
ausgebogert

rn. Matten,

im Kreis.

Veranden,

11 Uhr vor-

8 Uhr nach-

bloße Aus-

zaderen Zeit

twochmittag

am Wei-

s in kurzer

Zeit.

1. Juli

1. Juli

ches Riff. 1.

he des Landes-

dagau ein

spätelens

ehörde zum

ein sein Zahl

ischen Hirschen

echt, noch

des Revier-

fordern.

bis 15. Okt.

in der Zeit

werden.

auf Treib-

3 Tage vor

der genauer

Wiederauflistung

des Kindes soll,

St. Benno-

er 3 Wags-

apellkaben

an das gern

Nötiger zum Notopfer

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hatte vor der Wahlwohl, wie berichtet, der Dresdner Oberbürgermeister Dr. Blücher einen Artikel veröffentlicht, in dem das Notopfer als Werk des Herrn Siegertwald bezeichnet wurde. Jetzt, nach der Wahl, schreibt das gleiche Blatt zur Frage des Notopfers (in Nr. 181): „Der Wunsch nach Kürzung der Beamtengehälter — die sich in befeindeten Grenzen halten soll, als Herr Moltenhauer sie durchführen wollte — findet eine Stütze in der Feststellung im Schlußbericht des Reparations-Agenzien: Die Erhöhung in der 1927 durchgeföhrten Form sei unverantwortlich gewesen; eine Feststellung, der von keiner Seite in Deutschland ernstlich widergesprochen worden ist. Und die Kirchensteuer? Es ist doch kaum eine Steuerart denkbar, die in Notzeiten gerechtfertigter wäre. Darüber soll man nicht viel Worte verlieren.“

Auf einmal ist das Notopfer wohl begründet und Herr Moltenhauer ist der verantwortliche Mann. Denn während das Kind in den Brunnen gefallen ist und die Deutsche Volkspartei bei der Wahl nun einmal doch acht Mandate verloren hat, darf sich sogar das Leipziger Rechtsblatt wieder trauen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen.

Zu welchen grotesken Schlüpfungen die vor der Sachsenwahl von links wie rechts in der Frage des Notopfers gegen das Zentrum aufgetretene Heft führt, zeigen uns eine Reihe Zuschriften, die wir in den letzten Tagen erhalten haben. In einer dieser Zuschriften wird gesagt:

„In Beamtenkreisen gewinnt die Ansicht Raum, daß Notopfer sei der Preis für die Aufstellung eines Kandidaten an die Wirtschaftspartei. Der Kandidat sei zwar nicht durchgekommen, das Zentrum müsse aber trotzdem das Notopfer durchführen... fühlbar ist der Wunsch, die nächste Wahl möchte die Nationalsozialisten so erstarren lassen, daß die Diktatur des beamtenfeindlichen Zentrums gebrochen wird... Man hört auch die Ansicht, die Kirchensteuer sei das Einzige, wo man das Notopfer einsparen könnte...“

Höher geht's nimmer. Daß man glaubt, das Wahlbündnis Wirtschaftspartei-Zentrum in Sachsen, das nur im Rahmen der Landespolitik Bedeutung hatte, könne auf die Reichspolitik des Zentrums Einfluß gewinnen, ist eine köstliche Naivität. Der Plan des Notopfers war ja im Prinzip vom Zentrum gut gehalten, längst ehe in Sachsen an dieses Wahlbündnis gedacht wurde. Ebenso naiv ist, daß man ausgerechnet in den Nationalsozialisten, die in Thüringen auf Herauslösung der Beamtengehälter und Beamten-Abbau hinwirken, die Retter sieht. Den böhmischem Gedanken aber, die Kirchensteuer — deren Ertrag übrigens das Notopfer in keiner Weise erheben würde — für Zwecke des Staates zu verwenden, sollte ein Katholik überhaupt nicht erörtern.

Man überlege in Ruhe die folgenden Zahlen: Ein augenblicklich erwerbsloser Arbeiter, dessen Arbeitseinkommen bedeutend über dem Durchschnitt anderer Arbeiter gestanden hätte, verdiente während der Zeit, wo er in Arbeit stand, insgesamt 65 RM. in der Woche, das sind 285 RM. im Monat. Davon mußten gesetzlich gezahlt werden: für die Invalidenversicherung 1 RM., für die Arbeitslosenversicherung 1,05 RM. und für die Krankenkasse 2,40 RM., das sind 4,45 RM. in der Woche. Am Monat sind das bei einem Einkommen von 285 RM. 19,30 RM. — Und vom Beamten, der sich und seine Familie ganz anders geführt wie, verlangt das Reich jetzt zur Behebung der Finanznot 4 Prozent vom Einkommen. Das ergibt bei gleichem Einkommen wie bei diesem Arbeiter ganze 11,40 RM. im Monat. Also 19,30 gegen 11,40 RM. Außerdem sollen die Arbeitslosen nach dem Vorschlag der Reichsregierung auch noch ein neues Notopfer bringen: Es soll die Arbeitslosenunterstützung in der ersten Lohnklasse beispielweise um Jede und Schelle 6,20 RM. in der Woche abgebaut werden.

Diese Dinge muß man sehen, wenn man vernünftig über das Notopfer reden will. Die Art, wie diese Frage jetzt vielfach — heineswegs immer — in Beamtenkreisen erörtert wird, läßt die Rücksicht auf das wohlverstandene eigene Interesse vermissen. Es darf nicht durch eine in mißverständlichem Ausdrücke gehaltene Propaganda der Anschein erweckt werden, als wolle die Beamtenchaft nicht mittragen an der allgemeinen Not. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß in dem Streit um die Frage des Notopfers sich eine neue Kluft aufstellt zwischen den Beamten und den von den Folgen der Weltwirtschaftskrise direkt betroffenen Ständen.

Für und gegen Hitler

Der nationalsozialistische Parteikrach

Die Auseinandersetzungen in der Nationalsozialistischen Partei nehmen ihren Fortgang. In der von Herrn Goebbels in Berlin herausgegebenen „Sparta-Wochenschrift“ „Der Angriff“ wird ein „Brief des Führers“ zu lesen, in dem Herr Hitler den Berliner Parteipositionen nachfragt, sie treiben die „Politik unserer jüdisch-liberal-märkistischen Gegner“. Er nennt die Großes und ihren Anhang „wurzellose Literaten“, und dekretiert: „Ich halte es nunmehr für notwendig, diese destruktiven Elemente rückhaltlos und ausschließlich aus der Partei hinauszutragen.“ Die „Säuberung“ spricht der „Führer“ dem Gauleiter Goebels schon jetzt „Dank und Anerkennung“ aus.

Als Antwort drückt der „Nationalsozialist“ einige militärische Führungszeugnisse für Herrn Dr. Otto Strasser ab, der im Kriege Artillerie-Offizier und überreich ist spöttisch „Wurzellose Literaten“.

Herr Rossachowski, von dem „Der Angriff“ zu berichten weiß, daß er früher Altkonservat war und als solcher wegen der Führung „unserer Waffen“ ausgeschlossen werden sollte, nennt in der gleichen Nummer des „Nationalsozialisten“ Herrn Goebels einen „Näher“ und schließt: „Bleibt noch zu erwähnen, daß Herr Dr. Goebels keine Freude auf der Berliner Mitgliederversammlung gegen meine Freunde und mich mit dem Ruf habe: „Knippelt sie nieder!“ Das ist also auch hier die leichte Weisheit!“ — Dieser nationalsozialistischen Selbstkritik braucht man nichts hinzuzufügen.

„Der Jugendwisch“ gleicht zu diesen Auseinandersetzungen berichten zu können, daß sich die Gebrüder Straßer mit der Absicht tragen, im weiteren Verlaufe des Kampfes eine eigene Oppositiionsgruppe aufzumachen, und zwar soll die Straßerpartei den Namen führen: Revolutionäre Arbeiterpartei (MARP-Opposition). Danach würde sich im Deutschland die gleiche Spaltung der Nationalsozialisten voll-

ziehen, wie sie sich in Österreich bereits vollzogen hat. Es gibt dort zwei nationalsozialistische Parteien, von denen die eine für, die andere gegen Hitler ist. Das Blatt sagt, es sei anzunehmen, daß, wenn die Spaltung in Berlin sich vollzogen habe, die gleichen Spaltungsscheinungen sich überall im Reich zeigen würden, und man könne erwarten, daß die abgespalteten Gruppen miteinander und wohl auch mit Österreich Aufführung nehmen würden.

Kleine Verwaltungsreform in Sachsen

Das Ministerium des Innern gedenkt, in teilweiser Ausführung der Verwaltungsreformpläne, zur Entlastung des Ministeriums des Innern und der Kreishauptmannschaften bestimmte, bisher von diesen Behörden erledigte Aufgaben auf nachgeordnete Behörden zu übertragen. Eine Reformverordnung ist in Vorbereitung und wird in absehbarer Zeit erlassen werden. Aufgaben der Kreishauptmannschaften werden teils den Amtshauptmannschaften, teils den Gemeinderäten der Gemeinden, denen die Geschäfte der unteren Staatsverwaltungsbörde voll überwiesen sind, voll übertragen.

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetags hat sich mit dem Entwurf dieser kleinen Verwaltungsreform befaßt und dem Ministerium in einer Eingabe eine ganze Anzahl Wünsche dazu unterbreitet, namentlich wünscht er, daß noch andere Geschäfte, die bisher von den Amtshauptmannschaften erledigt wurden, den heraufmähigen Bürgermeistern übertragen werden, so die Ausstellung von Passen und Leichenpässen, ferner von Gewerbebeleidigungsnarten, Unfalluntersuchungen, Genehmigungen zu Warenausfertigungen und Tombolen, Ausnahmebewilligung für den Tonstellungen, Aufenthaltsgenehmigung für Ausländer bis zu drei Monaten, Ausübung der Polizeistrafewalt auf Staatsstraßen, Verlängerung der Polizeistunde, Beziehung von Strafregisterauszügen usw.

Psulcharbeit im Baugewerbe

Das Ministerium des Innern macht bekannt: Bereits im Jahre 1925 hat das Ministerium des Innern Gelegenheit genommen, vor Plüscher und Schwarzbart im Baugewerbe zu warnen, da dem Ministerium des Innern erneut Klagen hierüber zugegangen sind, wird die Verordnung vom 12. Februar 1925 in Erinnerung gebracht und weiter auf folgendes hingewiesen.

Viele Bauarbeiten werden von den Bauherren ohne Hinzuzeichnung des sachlich geschulten Bauhandwerks ausgeführt. Ob bei solchen Bauausführungen in jedem Einzelfall die Bestimmungen des Allgemeinen Baugesetzes und der Ortsbaudurchführungen eingehalten und die allgemein gültigen Vorschriften über die Anmeldung der Beschäftigten zur Krankenkasse zur Erwerbslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung befolgt werden, ist nicht sicher. Bei Unterlassung der Anmeldung haften die Bauherren persönlich für die Folgen eines Unfalls und seien sich Gefahr aus, einen bei solchen Arbeiten Verletzten identisch halten und ihm gegebenenfalls eine lebenslängliche Rente zahlen zu müssen. Auch bei Vergabe von Bauarbeiten an Schwarzbart ist genau zu prüfen, ob diese ihr Gewerbe ordnungsmäßig angemeldet haben, da andernfalls für die Bauherren gleiche Gefahren entstehen können.

Auf die Möglichkeit der Zurückweisung von Bauleitern und Bauausführenden, die einen Bau nicht genehmigungsmäßig ausführen, durch die Baupolizeibehörde nach § 151 des Allgemeinen Baugesetzes wird ausdrücklich nochmals hingewiesen.

d. Schadenfeuer. In Nadeberg, in einem Lohngebäude der Glasfabrik, brach Mittwoch gegen 19.30 Uhr Feuer aus, das in den dort aufgestapelten Fabrikationsmaterialien reiche Nahrung sand, so daß das Lagergebäude vollständig niedergebrannt. Durch das energische Auftreten der herbeigerufenen Feuerwehr von Nadeberg, Röhrsdorf, Langenbrück, dem Überlandlösdruck Dresden-Nord und vom Sachsenwerk Radiberg gelang es, die benachbarten Gebäude zu retten. Die Brandursache ist noch nicht bekannt. — Am Dienstagnachmittag gegen 6 Uhr brach in Thürmsdorf auf dem Rittergut des Freiherrn v. Biedermann ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit um sich

ausbreitete und in kurzer Zeit das große Stallgebäude und die gesamte Huerne vernichtete. Den vereinten Bemühungen mehrerer an der Brandstelle erschienenen Feuerwehren gelang es, das Vieh in Sicherheit zu bringen und die übrigen Gebäude des Gutes zu retten. Die Brandursache bedarf noch der Klärung.

Leipzig und Umgebung Großfeuer

Leipzig, 3. Juli. Am Donnerstag früh gegen 5 Uhr brach auf einem Lagerplatz der verlängerten Wismannstraße Feuer aus, das sich rasch ausbreitete. Verschiedene Schwippen und größere Holzstapel sind niedergebrannt. Die Feuerwehr ist angestrengt tätig, das Übergreifen des Feuers auf die benachbarten Teerläger zu verhindern. Der angerichtete Schaden ist noch nicht zu übersehen.

Sturm im Stadtparlament

Leipzig, 3. Juli. Die Mittwochsitzung der Leipziger Stadtvorordneten brachte wieder färmliche Auseinandersetzungen zwischen den Rechten und den Linken des Hauses. Nachdem ohne besonders interessante Auseinandersetzungen in einer gemeinsamen Sitzung der Stadtvorordneten und des Rates einige Einigungsvorlagen erledigt wurden, hat die Römer im Stadtparlament zu einer erneuten Abstimmung der Markthallenvergaben zunächst nur Wahl des Rechters für das Gesundheitswesen. Die Abstimmung entschied sich mit 38 von 74 Stimmen für den Stadtrat Dr. med. Bonisch in Königsberg; 27 Stimmen entfielen auf Dr. Röderwald (Dörl), Waldenburg, und neun auf den Stadtvorordneten Schmelz (Römer). — Beobachtet wurde dann ferner, die Stelle des zweiten Bürgermeisters, die durch den Wechsel des Bürgermeisters Dr. Hoffmann erledigt wird, auszufüllen. — Zu einer erneuten Abstimmung kam es dann, als eine Eingabe, das Zürdchen auf dem Schloßhof zu verbieten, zur Debatte stand. Man schloß sich schließlich dem Ersuchen an und ließ die Eingabe auf sich beruhen.

Der Jüngere hatte auch Reiter gelangen. „Gib mir das Mädchen, was willst du damit?“ heulte er. Sie entwand sich dem Arzten und lief zu dem Jungen. „Hier, du mußt auch trinken, der Wein aus Schauhang macht lustig.“ Auch der Jüngere trank immer wieder den schweren Wein mit dem Opium. Eilig holte Tai neuen Wein herbei. Immer wilder wurde das Bild, der Jüngere Tibeter lag mit dem Gesicht unten auf auf dem Dienbett. Er glitt bereits in Betäubung und stieß nun noch grunzende Laute aus. Der Ältere verlor, dem blinden Sänger Wein einzutrinken, der weinte sich. Die Kulis dräuften ihm. Alles Gesichter lag verzögert auf dem Erdboden. „Es ist bald Mitternacht.“

Da erhob sich im Tempel ein furchterliches Geschehen. Der ältere Tibeter hatte verjagt aufzuhören und war vom Dienbett herunter in voller Länge auf den Fußboden geschlagen. Dort lag er wie ein Aloch, unfähig, sich zu rühren, unfähig, auch nur die Hand aufzustützen. Die Kulis beschimpften ihn. Der alte Sänger spuckte aus, das Kind zog ihm am Karmel:

„Komm, Großvater, wir müssen gehen.“

„Aber das Geld?“ murmelte der Ältere.

Trauen drückte ihm Tai einen Dollar in die Hand.

„Bringt ihn fort“, sagte er zu den Kulis.

Jetzt wurde es still im Tempelhof. Das eine der roten Lichter war schon ganz heruntergebrannt, das andere am Verlöschen.

„Es wird Zeit“, drängte Tai. „Wir sind jetzt ganz sicher. Läßt die Schweine schlafen. Vor morgen mittag findet sie niemand.“

21. Kapitel

Sieben kostbare Perlen

Sie lagen im Gasthaus zum „Fliegenden Drachen“.

Das war ein hohes, vierstöckiges Haus in Hankau, häßlich von außen, voller Gerüche und Geißel von innen.

Die Flucht nach Hankau war glatter gegangen, als sie erwartet hatten. Der Chauffeur aus dem Hauptquartier Wu Pei fuß war selbst froh, zurückzufahren.

Die Telegramme der nach über vierundzwanzig Stunden aus ihrem Raum zum Leben wiederaufgewachten Tibeter hatten das Amt in Hankau noch gar nicht verlassen, da sahen Tai und Me bereits im Zuge nach Süden. Der Präfekt für West-Kansu hatte es sich nicht nehmen lassen, die Toten des ihm verbotenen Pandischen Lamas seine Macht recht fühlen zu lassen. Die Abwendung der Tibeter, die die Flüchtigen noch an der Schenigrenze oder in Lanfang aufhalten sollten, hatte drei volle Tage in Anspruch genommen. Der Dienstahl des Bechers und des goldenen Buddhas war von den Tibeterern noch gar nicht entdeckt worden. Was ging den Präfekten alle das Auge eines zweitältesten Chinesen und eines monolithischen Präfektenmärs an? Der Präfekt hatte die wie vergilbt ausgeladenen, gelbhaarigen Lamas erst einmal ausgelöscht und dann wieder in seinem Vorräum ihnen lassen. „Er wird mal wieder nächteln, ich beobachte Schweine. Schämt ihr euch nicht, alle Gelübde zu brechen? Eure Telegramme soll ich aufgeben? Ich werde dem Vorsitzenden telegraphieren, wie ihr euch benehmt. Dann kommt ihr auf ewig in einer der unterirdischen Eremittlungen eurer heiligen Berge verschwinden und werdet die Sonne nicht wiedersehen. Hinaus —“ Und zu den Wachen gewendet, fügte er hinzu:

„Läßt sie im Vorräum warten, gebt ihnen keine Kissen zum Knie.“

An der großen Brücke hatten Tai und Me, um nächtlich positionieren zu können, ein paar Dollar bezahlt. Die rasche Fahrt durch die schmalen, tief eingeschnittenen Lößschluchten auf den steinüberlösten Wegen war eine Folter, aber sie kamen durch, noch ehe es dunkel wurde. Sie an der Kopffahrt der Eisenbahn. Der Chauffeur nahm schmunzelnd den Rest der hundert Dollar in Empfang. So viel Geld hatte er überhaupt noch nie in Händen gehabt.

„Melde doch erst morgen, daß du hier angelangt bist, denn am Ende telegraphieren die Tibeter, daß Me mit seinem Auto ausgerissen ist.“

Keine Sorge, mir ist es gleich. Ich bin froh, wenn ich einen Tag hierbleiben kann. Ich muß sowieso warten, denn das Auto geht in den Feldweg nach Norden und soll verladen werden. Ich habe keine Eile.“

(Fortsetzung folgt.)

Leipziger Sender

Freitag, 4. Juli:

- 10.30 Uhr: Schulfunk.
- 12.00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- 12.55 Uhr: Zeit, Wetter, Presse, Börse.
- 14.00 Uhr: Das neue Buch.
- 14.30 Uhr: Studio der mitteldeutschen Sender.
- 15.00 Uhr: Dienst der Landesfrau.
- 15.40 Uhr: Baumwolle und Landwirtschaft.
- 16.00 Uhr: Georg Schwedekoh: "Der ostpreußische Mensch".
- 16.30—17.40 Uhr: Bläsermusik.
- 18.05 Uhr: Sozialversicherungsstudium. (Invaliden-, Kranken-, Angestellten-, Arbeits- und Unfallversicherung.)
- 18.25 Uhr: Englisch.
- 19.00 Uhr: Dr. Adolf Teuscher: "Vom Gottesberg zum hohen Schneeberg".
- 19.25 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft.
- 19.40 Uhr: Übertragung aus dem Landeskonservatorium Leipzig: Sommerfest der Universitäts-Sängerschaft zu St. Pauli.
- 20.40 Uhr: "Die Insel".
- 21.20 Uhr: Krony-Lieder-Stunde.
- 22.20 Uhr: Zeit, Wetter, Presse, Sport. Anschließend bis 24.00 Uhr: Unterhaltungsmusik.

Die Not der erzgebirgischen Spielwaren-Industrie

Zu einer Eingabe erzgebirgischer Regelredner, die sich mit deren schwieriger wirtschaftlicher Lage beschäftigt, nahmen kürzlich die Industrie- und Handelskammern Dresden und Chemnitz ihre folgenden Sätze:

„Analog der niedrigen Lebenshaltungskosten im böhmischen Grenzgebiet und den niedrigeren Preisen des böhmischen Holzes können die deutschböhmischen Regelredner die von ihnen hergestellten Regelprodukte zu niedrigeren Preisen auf den Markt bringen als die unter ungünstigeren Bedingungen arbeitenden sächsischen Drechsler, die sich durch direkten Wettbewerb in ihrer Existenz bedroht sehen. Als die vorläufig einzigen Hilfsmittel für die sächsischen Drechsler kommen nur höchste Zollkontrolle des von den böhmischen Drechsler verarbeiteten Holzes und Verwertung von verbilligtem Holz durch die staatliche Forstverwaltung in Frage.“

Von Seiten der erzgebirgischen Spielwarenverleger wird allerdings geltend gemacht, daß man die von böhmischen Drechsler hergestellten billigen Massenwaren nicht entbehren könne, wenn dieser Artikel nicht gänzlich aus den deutschen Verlagsgeschäften verschwinden sollte.

Aus der Lausitz

Berichterstattung in der Lausitzer Textilindustrie

In Dresden fanden am Mittwoch die Versammlungen des S. Heymann A.-G. in Ostritz, der Georg Büchner's Erben A.-G. in Ebersbach i. Sa. und der Wagner u. Moras A.-G. in Zittau statt, die die Berichterstattung miteinander beschlossen. Schon bisher bestand zwischen ihnen bekanntlich enge Verbindungen. Auf 1000 Heymann-Aktien werden 600 A.M. Wagner u. Moras-Aktien, auf 1000 A.M. Aktien von Büchner's Erben und auf 1000 A.M. Aktien der Vereinigte Deutsche Textilwerke A.-G. in Zittau, die ebenfalls mit verschmolzen sind, werden 1000 A.M. Wagner und Moras-Aktien mit Dividende ab 1. Januar 1930 gegeben. Die Verwaltung begründete die Verbindung damit, daß eine einheitliche Verwaltung größere Vorteile bringe. Am Zusammenschluß erhöht die Wagner u. Moras A.-G. ihr Kapital um 1,2 auf 6 Mill. A.M. Der Teil der Aktien der anderen Gesellschafter, der bekanntlich in ihrem Besitz ist, nicht umgetauscht zu werden braucht, kommt sie mit dieser geringen Erhöhung aus. Gegen die Berichterstattung von Heymann mit Wagner u. Moras stimmte ein Aktionär mit 10 Stimmen und gab Protest zu Protophob. Ferner wurde der Abschluß der Wagner u. Moras A.-G. für 1929 genehmigt. Der Verlust von 216 127 A.M. wird vorgetragen.

Regimentsgeschichte des Inf.-Reg. Nr. 103. Die Geschichtie des 4. Kgl. Sächsischen Inf.-Regts. Nr. 103 im Weltkrieg 1914 bis 1918 ist nahezu vollendet. Der Verfasser, Hauptmann a. D. Rudolf Monje, legt die lezte Hand an das Manuscript. Das Erscheinen der Regimentsgeschichte im August ist sicher gestellt. Auf Anregung hat sich die Kommission für die Herausgabe der Regimentsgeschichte dazu entschlossen, die Zeit für die Vorstellung noch einmal, lediglich bis zum 15. Juli 1930, zu verlängern. Bis zu diesem Tage werden Vorabdruckstellungen zum Vorzugspreise mit 20 Prozent Rabatt noch angenommen, wenn gleichzeitig die Einzahlung von 8 A.M. pro Exemplar auf das Konto Major a. D. Schneider, Regimentsgeschichte 103, bei der Landständischen Bank in Bautzen erfolgt.

1. Unfall bei der Rheinlandbefreiungsfeier. In Kamenz bei der Heimkehr eines Turnvereins, der mit einem Spielmannszug an der Spire von der Rheinlandbefreiungsfeier kam, ereignete sich in später Abendstunde ein schwerer Unfall. Ein Motorradfahrer, der den Zug nicht bemerkt hatte, fuhr in die Gruppe hinein, stürzte und riss eine Zahl Personen mit sich. An die zehn Personen wurden verletzt, vier von ihnen mußten in das Krankenhaus transportiert werden. Auscheinend ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß der Fahrer durch das Licht der Straßenlaternen und seiner eigenen Maschine geblendet wurde.

1. Zweiter Todesunfall. Das Schwurgericht Bautzen verurteilte den 27 Jahre alten Steinmetz Heinrich und seine 30 Jahre alte Geliebte, die Arbeiterin Martha Brause wegen gemeinschaftlichen Mordes an Frau Heinrich je zum Tode. Heinrich hatte ein Gewänder abgelegt, während die Brause ihm die Weihrauch an dem Morde leugnete.

Witter schneidende Gurken kommen in trockenheißen Jahren öfter als sonst auf den Markt, weil Mangel an Bodenfeuchtigkeit und ungenügende Sonnenbestrahlung ihr Wachstum begünstigen. Man sollte daher den Gurken gegen Sonnenbrand und Austrocknung des Bodens Schutz durch Tiefgräben geben. Ihre Planzenreste also regelmäßig lassen mit solchen von Tomaten, Kartoffeln, Kohlrabiwurzel oder Süßen, um jenem Mangel zu begegnen, der im übrigen aber auch durch allgemeine Witterung gefordert wird. Auch Dill- und Fensterblattkohl sollte hierzu schon gute Dienste. Ähnliche Auskunft über diese und andere Schädigungen unserer Gurkengewächse erzielt höchstens gegen Einwendung des einfachen Briefportos die Staats-Hauptstelle für Pflanzenbau, Dresden-A., Stibbeallee 2 (1.—4).

Wadige Rüben, wie sie äußerlich über jährling erweichten Stiele eingehüllt braune Flecke zeigen und im Innern die saftlose Rinde der Rübenstücke beherbergen, sollte man Auskünften schon deshalb fernhalten, weil manche Länderliche Erdungen von der Einführung ausdrücklich. Aber auch andere Länder sollte man mit Sondern dieser Art verschonen, wenn man dem deutschen Rübenbau Ausfuhrmöglichkeiten auch für die Zukunft erhalten will. Wer also Rüben-

Gemeinde- und Vereinswesen

Silbernes Priester-Jubiläum in der Südblausitz

Reichenau. In der letzten Juniwoche, am 23. Juni, hat der Seelsorger der römisch-katholischen Gemeinde Reichenau, Pfarrer Edwin Posselt, geb. 1881 in Ostritz, auf ein 25jähriges priesterliches Wirken zurückblicken können. Da er jeder öffentlichen Ehrengabe ausweichen wollte, hatte er aus Anlaß seines Jubiläums einen schon seit Jahren geplanten Wunsch vor einigen Wochen zur Ausführung gebracht: eine Pilgerfahrt nach dem hl. Lande. Gleichwohl hatte es sich die katholische Gemeinde nicht nehmen lassen, ihren Pfarrer, der sie nun schon neun Jahre betreut, durch Geschenke und Blumengaben zu ehren und ihm ihre Dankbarkeit auf jede mögliche Weise zu bezeigen. Am vergangenen Sonntagnachmorgen stand eine kirchliche Feier statt, der sich am Nachmittag eine weltliche Feier im Saale des Gasthofes „Stadt Zittau“ anschloß. Für die kirchliche Feier hatte man der Kirche ein besonderes festliches Gewand gegeben. Von Turme wehte die kirchliche Fahne und kündete den Pfarrgemeindeleibern, daß die Gemeinde ein frohes Fest begehe. Gegen 9.15 Uhr holte bei heiterlichem Sonnenschein die Gemeinde, vertreten durch ihre Kirchen- und Vereinsvorstände, zusammen mit dem Geistprediger Herrn Pfarrer Spettlack aus Leipzig, Propst P. Turba vom Kloster St. Marienthal und Pfarrer Grohmann aus Schildau den Jubilar in feierlichem Zuge aus dem Pfarrhaus ab. Käte Birnbaum brachte bei dieser Gelegenheit die Wünsche der Schuljugend zum Ausdruck. Als Vertreter der politischen Gemeinde Reichenau war Bürgermeister Grunewald bei der Feier vertreten, ferner, als Vertretung aus dem Heimatort Ostritz, ehrte den Jubilar eine Abordnung aus Fähnrichen des Kath. Käfflins Ostritz. Feierliche Orgelklänge begrüßten den Jubilar beim Betreten der Kirche und der Pfarr-Gärtleinverein begrüßte ihn mit dem Gesang „Du bist's, dem Ruhm und Ehre gebührt!“. Während des anschließenden feierlichen Hochamtes sang der Kirchenchor mit Instrumentalbegleitung die Loretto-Messe von P. Goller. Der Geistprediger, Herr Pfarrer Spettlack aus Leipzig, legte seinen trefflichen Worten die Bedeutung des „Dankes“ und der „Erfüllung“ zugrunde und die das Gotteshaus dichtfüllenden Besucher lauschten den Ausführungen dieses begabten Kantzelpredigers. Danachfüllten Herzog stimmte man zum Schluss der kirchlichen Feier „Großer Gott wir loben dich!“ an. Im selben Zuge wurde der Jubilar durch den Pfarrhaus geleitet.

Auch die weltliche Feier am Nachmittag gab Zeugnis vor der großen Freiheit des Jubilars in seiner Gemeinde. Der große Festsaal war drückend voll. Für diese Feier war ein sehr stimmungsvolles und feinsinniges Programm zusammengestellt. Herr Fabrikbesitzer Walter Brendler entbot der ansehnlichen Festversammlung den Willkommensgruß, ganz besonders auch den erschienenen geistlichen Herren, den anwesenden Vertretern der politischen Behörde sowie den von auswärts erschienenen Gästen. Redner gedachte der neuzähligen Wirklichkeit des Jubilars in der Pfarrgemeinde. Die Gesangsvorträge eröffnete der Pfarr-Gärtleinverein mit dem Gesang für gemischten Chor und Bläserbegleitung „Jauchzet dem Herrn alle Welt!“ Ein Vortrag, ebenso für die Feier verfaßt, brachte Pdt. Herrn Kleßling wirkungsvoll zu Gehör. Herr Lehrer Johannes Schneider sang mit seiner weichen wohlklängenden Tenorstimme das Lied „Ich bin dein Gott“ unter Begleitung von Bioline (Johannes Klinit, Reichenau) und Klavier (Kantor Klinit, Königsbain). Zwei Streichquartette „Varso“ von Jos. Sandri und „Mennet“ von Mozart (Joh. Klinit, Paul Brendler Bioline, Zimmermann Biola und Geyer Cello) erfreute ganz besonders die Anwesenden, wie nicht minder das Klavier und Ante für zwei Violinen (Joh. Klinit, Paul Brendler) und Klavier (Kantor Klinit, Königsbain). Der Pfarr-Gärtleinverein sang noch die Chöre „Ave verum“ mit Streichquartettbegleitung und den Festpsalm „Alleluia“ mit Bläserchorbegleitung. Leistungen, die er die Sängerchor hohe Anforderungen stellte, denen diese durch fleißiges Neben mit ihrem Dirigenten Herrn Joh. Klinit recht entsprechend nachkamen.

Am Mittelpunkt der weltlichen Feier stand die Festrede des Herrn Prof. Dr. Soppa aus Bautzen, der zugleich die Glückwünsche des bischöflichen Domstifts überbrachte. Mit berichtet, halte stets auf deren einwandfreie Geschäftlichkeit unter der Kirchhölle leidende Anlagen aber sollte man möglichst bald von diesem Schnarcher zu befreien suchen. Wie möglich ist, teilt kostenlos gegen Einsendung des einfachen Briefportos die Staatliche Hauptstelle für Pflanzenbau, Dresden-A., Stibbeallee 2 (1.—4).

Durst und Hitze

Durst und Hitze gehören zusammen. Durch die erhöhte Außentemperatur wird der menschliche Körper überhitzen; da er indessen eine Überhitzung nicht vertragen kann, so findet er sich dagegen durch vermehrte Wasseraufnahme, d. h. durch Schwitzen und die Verdunstung des Schweißes entstehende Abkühlung zu schützen. Anfolge der vermehrten Wasseraufnahme stellt sich dann bei uns Menschen das Gefühl des Durstes, d. h. der Wunsch nach Erfrischung der verlorengewanderten Flüssigkeit, ein. Selbstverständlich verzerrt das Trinken, insbesondere kalte Flüssigkeiten, das oft quälende Durstgefühl zu befriedigen, aber meist sindigen wie dabei nach zwei Richtungen. Einmal wird gewöhnlich zu viel getrunken, d. h. durch die Aufnahme großer Flüssigkeitsmengen wird nicht nur das momentane Durstgefühl befriedigt, sondern der Körper gewölkungen, von neuem und in erhöhtem Maße Schwitzen aufzufordern. Das heißt Mittel gegen den Durst wäre also, zu durstet. Da man das aber natürlich niemanden zumutet kann, sei allen durstigen Seelen empfohlen bei der Lösung des Durstes soviel mit der Flüssigkeitsaufnahme zu sein. Auch vermeide man halbtrockenes Trinken eisgekühlter Getränke. Besonders wenn der Magen leer ist, können eisgekühlte Flüssigkeiten leicht Reizerscheinungen der Magenschleimhaut, sowie Magen- und Darmhautzelle und verursachen. Wichtig ist es wenn schon eisgekühlte Getränke werden müssen, langsam und was schlußweise zu trinken. Das billteste, bekannte Mittel zur Stillung des Durstes ist und bleibt natürlich Wasser, aber auch darf eine gewisse Vorsicht nicht aussehen, auch gelassen werden; denn Wasser unbekannter Herkunft zeigt nicht selten Krankheitserreger in sich, die an Magen- und Darmerkrankungen, ja selbst zu Typhus oder Paratyphus führen können. Unbedenklich ist der Genuss reiner Quellschlüsse im Gebirge. Von sonstigen austrocknenden Flüssigkeiten bei besonders auf den Genuss von kaltem Tee oder Kaffee verzichten. Mit dem Genuss kalter Milch bei man im Sommer gleichfalls vorsichtig. Gediebene Milch genießt man gehoben, meistlich gleichzeitig mit etwas Brot, um die besonders bei kalter Körpererholung leicht eintretende Verhärtung im Magen zu verhindern. Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß warme Getränke den Durst oft besser löschen als kalte.

* In einer demokratischen Entscheidung wird Präsident Hoover aufgefordert, die von amerikanischen Kaufleuten entdeckten antarktischen Gebiete als amerikanisches Land zu beanspruchen.

geisterten Worten und rhetorischen Schwunge sprach Prof. Dr. Soppa über die erhabene Würde des Priestertums der katholischen Kirche und die Notwendigkeit der Hochachtung vor dem Priester gerade in der Zeit. Unhaltender Beifall der Festteilnehmer lohnte diese Ausführungen. Kritisch hemmend kam ein überaus finstres Festspiel einiger Mädchen zur Aufführung, das die Wirkung des Priesters vor Augen führte. Die Aufführung war von den barnherzigen Schwestern des katholischen Kinderheims mustergültig einfürchtet worden. Hochachtung überall die dargebrachten Ehrenungen nahm schließlich der Jubilar, Herr Pfarrer Posselt, in längerer Rede das Wort, um für alles seinen innigsten Dank zu sagen. Den Ausklang des Jubelfeier bildete der allgemeine Gesang: „Wir sind im wahren Christentum“.

H Dresden. Am 20. Juli findet in Rumburg der nordböhmische Katholikentag statt. Rumburg ist von der südlichen Grenzlinie Ebersbach leicht erreichbar. (Sonntagskarte Ebersbach 3 MR.) Grundgedanke des Katholikentages ist: Biedermeierlichkeit des Familienlebens. Heute Donnerstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, wollen sich die Interessenten zu einer Ausfahrt wegen event. gemeinsamer Fahrt im Molpinghaus einfinden.

H Bobeckberg. Am 29. Juni hielt der Gemeindeverein Sankt Laurentius e. V. einen Trost des herlichen Sonntagsabends gutbefüllten Volkssvereinsabend ab. Herr Lehrer A. Hanke (Dresden) erzählte uns seine Nordlandreise vom Jahre 1928 unter dem Motto: „Alte Schiffsrücker auf der Monte Cervantes“. Die gewinnende und humorvolle Art des Vortrages zwang alle Zuhörer in seinen Bann. Von Hamburg ging es mit dem alten Schiff Monte Cervantes durch die Nordsee nach Bergen, an der Küste Norwegens entlang hinauf zum Nordkap und dann quer durchs nördliche Eismeer bei mildem Witternachtsonne Spitzbergen zu. Die Eisbergen mehrten sich, mühsam bahnte sich die Monte Cervantes ihren Weg durch die gewaltigen Eismassen. In der Nähe von Spitzbergen erlitt das Schiff durch Eindringen der Schiffswand Schiffbruch. „SOS“-Rufe gingen hinaus in die Polarnacht. Der russische Eisbrecher Krassow, selber durch Verlust einer Schraube der Hilfe bedürftig, eilte aber trotzdem herbei, untersuchte die Monte Cervantes, findet ein 3x4 Meter großes Loch und bessert den Schaden aus. Da noch ein zweites Loch gefunden wird, so dauern die Aushebungsarbeiten 12 Tage. Unterdessen durchstreift die Reisenden die nahe Gegend Spitzbergens mit ihren gewaltigen Eisbergen und Gletschern. Dann geht die Fahrt unter Begleitung vom Eisbrecher Krassow zurück nach Hammerfest, und von hier unter dem deutschen Begleitdampfer Falke nach dem Ausgangshafen Hamburg zurück. Unter Leitung Apparats hat dazu vorzügliche Eichbilder geliefert. — Herr Lehrer Hanke dankt mir für seine trefflichen Ausführungen und können die Vortrag nur allen Vereinen aufdringlich empfehlen. Musikvorträge unterhalten angenehm die Ausführungen.

H Leichenweihe in Jüchsenewitz (Bez. Halle). Am 29. Juni 1930 wurde in Jüchsenewitz bei Wittenfeld eine neue katholische Kirche eingeweiht. Die Kirchfahrt nahm der hochwürdige Herr Bischof Dr. Klein aus Paderborn vor. Bei dem noch der Weihe stattfindenden Levitantele war neben zahlreichen Vertretern der katholischen Vereine der Umgebung als Vertreter der deutschen kath. Studentenschaft die Unita s. Leipzig erschienen. An das Hochamt schloß sich ein Festessen an, bei dem in mehreren Reden den Spendern und Erbauern der Kirche öffentlich gedankt wurde. Zu nennen sind der Bonifatiusverein in Paderborn, die Leitung der Elektromech. Jüchsenewitz sowie Herr Pfarrer Häder, der mit unermüdlichem Fleiß an der Geldsammlung gearbeitet hat. Am Nachmittag fand eine Gemeindeversammlung statt, in der Herr Pfarrer Becker (Leipzig) in seiner Festrede betonte, daß die neue Kirche eine Jakobus-Kapelle werden möge, auf der die Gebeine der Gläubigen ruhen. — Zur endg. Ruhrkohle

H

Die Reichsschlaf

Nur normale In-

sich in der Re-

die gesamte K-

Schecks, Lon-

Im einzelnen ha-

wechseln un-

an Handels-

RM, auf 1777,1 M

um 130,5 Mill.

An Reichsbank-

sind 754,6 M

und zwar hat si-

um 647,5 Mill.

Rentenbank-

RM, erhöht

mit der heutigen

noch umlaufend

1928 bei der Re-

sehendeinde

stand

im Ein-

Zahlungsverkeh-

Dementsprech-

Rentenbanksche-

Die fremden A-

Abnahmen um 13

und zwar haben

2618,9 Mill.

Deckungsfäh-

Mill. RM, zuge-

Die Decku-

minderen sich an

Vorwoche, dieje-

nissen auf 63,7 P

Die Bestände an-

sammen haben

und zwar haben

wieder

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

Die Reichsbank am Halbjahres-schluß

Nur normale Inanspruchnahme.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni hat sich in der Ultimwoche

die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 566,0 Mill auf 2070,5 Mill. RM erhöht.

Im einzelnen haben die Bestände an Reichsschatzwechseln um 6,4 Mill. auf 6,6 Mill. RM., die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 429,0 Mill. RM. auf 1777,1 Mill. RM. und die Lombardbestände um 130,5 Mill. auf 185,8 Mill. RM. zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 754,6 Mill. RM. in den Verkehr abgeflossen,

und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 617,5 Mill. auf 4685,4 Mill. RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 107, Mill. auf 436,7 Mill. RM. erhöht. In der Berichtswoche ist im Zusammenhang mit der beabsichtigten Erstreckung der Tilgungsfrist der noch umlaufenden Rentenbankscheine bis 1942 das seit 1928 bei der Reichsbank bestehende Rentenbankscheindepot von 70,1 Mill. RM. aufgelöst und sein Bestand im Einvernehmen mit der Rentenbank dem Zahlungsverkehr wieder zur Verfügung gestellt worden. Dementsprechend sind die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 12,0 Mill. RM. zurückgegangen. Die fremden Gelder zeigen mit 491,6 Mill. RM. eine Abnahme um 1570 Mill. RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen zusammen haben sich um 1,8 Mill. auf 3077,9 Mill. RM. erhöht,

und zwar haben die Goldbestände um 47.000 RM. auf 2618,9 Mill. RM. abgenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,8 Mill. auf 459,0 Mill. RM. zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 55,9 Prozent gegen 61,9 Prozent in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 65,7 Prozent, gegen 76,2 Prozent.

Zur endgültigen Erneuerung des Ruhrkohle-Syndikates

Die schon monatlang geführten Unterhandlungen wegen Erneuerung des Ruhrkohlesyndikats sind nun in letzter Stunde doch noch durch das Eingreifen der Regierung zum Ende geführt worden. Um noch eine freiwillige Einigung zustande zu bringen, fand in der vergangenen Woche eine Zechenbesitzerversammlung statt, wobei ein funktionsfähiger Ausschuss eingesetzt wurde, der prüfen sollte, ob nicht bei den Mitgliedern, die den Syndikatsvertrag wegen der Beteiligungsfrage noch nicht unterschrieben hatten, trotz der grundsätzlich gegebenen Stellungnahme angebracht erschien, eine Beteiligungserhöhung zuzulassen. In dieser Richtung hin wurden auch verschiedene Erhöhungen zugestimmt; aber alle diese Zugeständnisse galten jedoch nur für den Fall des freiwilligen Beitritts. Da am vergangenen Freitag verschiedene Zechenbesitzer noch nicht unterschrieben hatten, und die geleisteten Unterschriften ihre Gültigkeit verlieren sollten, wenn nicht bis zum 30. Juni 6 Uhr abends sämtliche Bergwerksbesitzer Mitglied des Syndikats geworden waren, so griff, da die Gutehoffnungshütte, de Wendel, Friedrich Heinrich und Graf Bismarck die Unterschrift bis zu diesem Termin noch nicht geleistet hatten, der Reichswirtschaftsminister ein und führte diese letzten Aufländer auf dem Verordnungsweg zwangswise im Syndikat bei. Damit sind — im allgemeinen — die Verhandlungen zur Erneuerung des Ruhrkohlesyndikats zum Abschluß gelangt, was um so begrüßenswerter ist, als auf die Dauer sich der Zwischenzustand aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen nicht hätte durchführen lassen und schließlich der Regierung nichts anderes übrig blieb, als das Zwangssyndikat zu verfügen.

Wenn es für die allgemeine Kohlenwirtschaft, vom Standpunkt des Verbrauchers aus betrachtet, ziemlich gleichgültig war, ob der Ruhrkohlenbergbau sich freiwillig wieder zusammenschloß oder ob die Zechen durch staatlichen Zwang wieder unter einen Hut gebracht werden mußten, so ist es für die betreffenden Bergwerkskreise doch von großer Wichtigkeit, daß jetzt wieder eine Konsolidierung in der Verkaufstätigkeit des Syndikats eintreten kann. Wenn man die Situation im Ruhrbergbau berücksichtigt, wo von einer Belebung nicht die Rede sein kann, da einst von Seiten der Eisenindustrie und zum anderen durch die ungünstige Absatzlage am gesamten Weltkohlenmarkt eine wesentliche Verschärfung des Wettbewerbs eingetreten ist, so ist es verständlich, wenn man eine ruhigere Entwicklung dem Ruhrbergbau jetzt zusagen kann.

Dresdner Börse

Anteilen für 100 Mark Nennwert

Aktienkurse in Reichsmarkprozent

Deutsche Staatspapiere

8 D. Wrb. A. v. 32 2,7 1,7

6 Anl. D. R. v. 27 95,5 65,5

6 S. Staats-Anl. 27 83,5 83,5

6 Hpt. Sch. 1 100 100

65 do 2 100 100

8 Landeskultur 101 100,4

Anl. Schuldt m. Aus. 58,75 58,6

do. ohne Aus. 9 9

D. Schuftr.-Ank. 34 34

Schuldverschreibungen

8 Goldhypbr. 1 77 77

8 do. 91,75 90,75

8 do. 91,75 90,75

8 do. 94 94

7 do. 86,5 86,25

6 do. 86,5 86,25

8 Goldkreditbr. 85,5 85,5

6 do. 87,5 87

6 do. 90,5 90

8 Goldkreditbr. 85,5 85,5

6 do. 90,5 90

Saalkommissar für Berlin?

Berlin, 2. Juli.

To die Berliner Stadtverordnetenversammlung am Dienstag in seltener Einmütigkeit die vom Magistrat zu Deckung des 49-Millionen-Defizits vorgeschlagenen Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuern abgelehnt und damit den beschlossenen Abgaben die Gestaltung verliegt hat, wird nunmehr auf Grund des § 58 des Kommunalabgabengesetzes der Umlageverteilungsbefehl, d. h. die Erhöhung der Steuern, durch das Oberpräsidium als Aussichtsbehörde festgelegt. Die Städte und Gemeinden müssen nämlich bis zum 1. Juli ihren Staat unter Dach und Fach gebracht haben. Wie wir hören, wird Bürgermeister Scholz am morgigen Donnerstag vorausichtlich im Oberpräsidium mit dem Bierpräsidenten von Haunke, der in Vertretung des in Ferien weilenden Oberpräsidenten Baier die Geschäfte leitet, über die jetzige finanzielle Situation der Stadt Berlin Bericht erstatten. Das Oberpräsidium wird seine Entscheidung über die Steuererhöhungen auf Grund eines ausführlichen Berichtes mit allen erforderlichen Unterlagen treffen, und es ist anzunehmen, daß über diese Frage Besprechungen mit dem Stellvertretenden Kämmerer stattfinden werden.

Zunächst wird jedenfalls der Magistrat zusammentreten, um zu den bisher gefassten Haushaltsschlußbeschlüssen Stellung zu nehmen. Sofern er diesen Beschlüssen der Stadtverordneten mehrheitlich beitreten wird, müssen zunächst diese Beschlüsse noch in den Haushaltentwurf eingearbeitet werden.

Somit ist wahrscheinlich

erst Anfang nächster Woche mit einer endgültigen Beschlusssitzung über den Haushaltsentwurf im Gremium des Magistrats zu rechnen.

Dann erst wird der gesamte Entwurf dem Oberpräsidenten zugeliefert werden, der seinerseits dann, wenn nicht noch innerhalb der Selbstverwaltungsförderstaaten eine Einigung über die Steuersätze möglich erscheint, die Steuerumlage selbst festsetzen wird. Es ist keinesfalls damit zu rechnen, daß, wie einige Zeitungen heute melden, der Oberpräsident bereits in dieser Woche einen Beschluss über die Steuersätze für die Stadt Berlin verfügen wird. Ebenso ist die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung keineswegs ins Auge gesetzt.

Theoretisch besteht die Möglichkeit, daß das Oberpräsidium den vom Magistrat gelegten überwiegend vorgeschlagenen neuen Steuersätzen — dieser Vorschlag ist eigene Arbeit des Magistrats und ohne Fühlung mit dem Oberpräsidium gemacht worden — seine Zustimmung gibt. Es läßt sich jedoch noch nicht sagen, ob nicht das Oberpräsidium zu anderen Steuervorschlägen als der Magistrat kommen wird.

Entgegen anderslautenden Nachrichten ist mit der Einsetzung eines Staatskommissars, für Berlin, für den sogar schon Namen genannt werden, nicht zu rechnen.

Die Einsetzung eines Staatskommissars kann lediglich auf Grund des § 79 der Städteordnung erfolgen, wenn die Stadtverordnetenversammlung völlig arbeitsunfähig und soziale Arbeit überhaupt nicht mehr möglich ist. Die Ablehnung des Umlageverteilungsbefehlusses, wie man sie gestern erlebt hat, bedeutet jedoch keine Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes.

Katholiken gegen Piscator

Demonstrationen in Saarbrücken

Saarbrücken, 1. Juli.

Die Berliner Piscator-Bühne, die in verschiedenen Ortschaften des Saargebietes mit dem Stil „Frauen in Not“ galt, spielte am Sonnabend und Sonntag im Saarbrücker „Saalbau“. Bei der Sonntagsvorstellung kam es zu einem außerordentlich eindrucksvollen Protest der katholischen und christlichen Bevölkerung Saarbrückens gegen die sitzen- und volksverderbende Tendenz dieses Stücks, das mit den Mitteln unerhörter Demagogie für die Beseitigung der §§ 218 und 219 des Reichs-Strafgesetzbuches (Schutz des leimenden Lebens) mißt.

EIN ANRUF GENÜGT

wenn Sie Anzeigen aufgeben oder Drucksachen bestellen wollen. Einer unserer Vertreter kommt sofort zur Entgegennahme Ihrer Wünsche

Germania, Akt.-Ges.
Filiale Dresden, Polierstr. 17

→ 21012

Gebr. Eichhorn, Dresden
neben Centraltheater-Durchgang
Erstes und größtes Kinderwagen - Spezialhaus

Unerreichte Auswahl

Kinderwagen, Klappwagen, Puppenwagen, Stubenwagen, Kinderstühle, Kinderfische, Kinderbetten, Selbststühler. Denkbar billigste Preise.



Der Saalbau war am Sonntagabend nicht ganz besetzt. In der Diskussion nach dem ersten Akt gab Chefredakteur Hoffmann von der „Saarbrücker Landeszeitung“ folgende Erklärung ab:

Die Vorstände sämtlicher katholischen Vereine der Großstadt Saarbrücken haben mich beauftragt, folgende Erklärung hier abzugeben: „In dem soeben aufgeföhrten Piscatorischen Stück „Frauen in Not“ sind die heutigen sozialen Zustände, insbesondere die Wohnungnot, in erhabender Weise vor Augen geführt worden um durch sie zu begreifen, daß die §§ 218 und 219 des Reichs-Strafgesetzbuches bestehend die vorjährige Tötung des leimenden Lebens aufgehoben werden müssen. In der Tat besteht diese geschilderte soziale Not heute in einem nie zuvor gekannten Maße. Wir Katholiken sind mit allen Mitteln unseres Volkes unablässig bemüht, dieser Not nach besten Kräften zu treuen. Wir halten jedoch den hier beschrittenen Weg, die ungeheuer ernste Frage des Schutzes des leimenden Lebens durch ein Theaterstück, das sich nur an den Instinkt der Massen wendet, beladen zu wollen, für falsch. Dieses Stück greift besonders gelagerte Einzelfälle heraus und behandelt das schwere Problem aus der Sicht dieser Einzelfälle sehr gefühlsmäßig und ist darum unwohl und begriffsverwirrend. Trotz der schwierigen Zeitverhältnisse stehen wir auch heute unentwagt zu den Grundzügen des christlichen Sittengeistes, das die Heilighaltung des Menschenlebens unabdingt gebietet. Ein Volk, das nicht mehr die Kraft besitzt, in seiner Gesetzgebung das leimende Leben zu schützen, gibt sich selbst auf. Auch die medizinische Wissenschaft ist, von anderen Gesichtspunkten ausgehend, gleichfalls zu dem einmütigen, der Gesellschaftlichkeit erzt fürstlich bekanntgegebenen Resultat gelangt, daß die Belebung des leimenden Lebens aus rein medizinischen Gründen unter allen Umständen im Prinzip ablehnen ist. Wer Gottes Gebot beobachtet will, wer unter Gott vor dem Niedergang bewahren und die Würde der Frau nicht zerstreuen will, wer unzählige Mütter vor Sichtscham und vorzeitigem Tod bewahren will, der muß mit uns höchsten Protest erheben gegen das heute hier zur Aufführung gelangte Stück und seinen Autoren und volksverderbenden Tenor.“

Schon nach den ersten Szenen dieser Erklärung setzte die Unruhe im Saale ein. Die zahlreich anwesenden Katholiken und viele Protestanten gaben ihrer Zustimmung zu dieser Erklärung lebhafte Ausdruck, während die Anhänger der Piscator-Bühne dagegen zu protestieren suchten. Nach mehreren Unterbrechungen und dem vergeblichen Versuch der Betriebsaufstellung, dem Redner Gehör zu verschaffen, forderte dieser die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden christlichen Anwesenden auf, den Schluss der Erklärung außerhalb des Saales entgegenzuwollen. Sofort verließ weit über die Hälfte der etwa 1000 Besucher den Saal. Chefredakteur Hoffmann los unter ungeheuren Beifallsstürmen im Vestibül des Saalbaues die obige Erklärung zu Ende. Dann zogen die Demonstranten vor den Saalbau. Dort forderte Chefredakteur Hoffmann dazu auf, angelehnt an dem Piscator-Stück erlebten ungeheuerlichen Beleidigung der Frauen und Mütter die zweite Strophe des Deutschlandliedes zu singen, in das die Teilnehmer an der Kundgebung begeistert einstimmen. Ein dreifaches Hoch auf die deutsche Frau und Mutter beschloß die spontane Kundgebung, die auf alle Teilnehmer stürzte. Einbrüche mochte. Das christliche Saarbrücken hat damit den Beweis geleistet, daß es nicht gewillt ist, sich von der volks- und sitzenzerstörenden Agitation der Apostel des modernen Unwissens vergewaltigen zu lassen.

Die Finanzierung der diesjährigen Betriebe

Gefreiende

Die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit den großen Spitäler-Kreditinstituten geführten Versprechungen über die Finanzierung der diesjährigen Betriebe enthalten haben ergeben, daß sowohl die Reichsbank wie die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt und die Preußische Zentralgenossenschaftsbank bereit sind, in ausreichendem Umfang Mittel zur Bewegung der diesjährigen Betriebe einzutragen. Zur Verjährung zu stellen. Im gleichen Sinne haben sich die für die Betriebsfinanzierung errichteten Spezialinstitute, in erster Linie die Zentrale der Betriebs-Kreditanstalten und Betriebs-Industrie- u. Commissions A.G., gehaust. Ebenso werden sich die Deutsche Bürozentrale und die Landesbanken genannte wie bisher in den Dienst der Erntefinanzierung stellen.

Wohlfeile

vermehrte Ausgabe

Soeben erschien:

Eugenio Pacelli

Erster Apostolischer Nuntius beim Deutschen Reich

Gesammelte Reden

Ausgewählt und eingeleitet von LUDWIG KAAS

Zweite vermehrte Ausgabe. (Wohlfeile-Ausgabe)
199 Seiten, ohne mit Bühlern, gebunden in Leinen mit Goldprägung. 450 Mark

Die Veröffentlichung von Pacelli's Reden ist als ein literarisches Ereignis bezeichnet worden. „Wir brauchen kein Werk, das ganz auf dem Boden der Gegenwart steht, eine solche Fülle von religiösen, sozialen, caritativen, geschäftlichen und politisch-kulturellen Problemen beschäftigt und diese von hoher geistiger Würde aus hebt und nur seltenen bald wissenschaftlich, geistlich und weisheitsmäßig beschäftigt.“

Es war nur einen relativ ungarischen Kreis möglich, die jetzt anverkaufte, erste, besonders kostspielig ausgestattete Ausgabe zu erwarten.

Das Verlangen nach einer „wahrscheinlichen Ausgabe“ trat immer lebhafter an den Verlag heran. Wir legen nunmehr dem katholischen Volke diese vielfach gewünschte „wahrscheinliche“ Ausgabe der „Gesammelten Reden“ vor, die noch durch Aufnahme des Artikels „Das Nuntius letzter Tag in Berlin“ um 9 Seiten ergänzt ist. Am Inhalt selbst ist nicht das geringste geändert. Er entspricht vollkommen dem der ersten Ausgabe. Die Ausstattung wird alle Wünsche befriedigen, die man an ein Buch, das jede Hausbibliothek dienen soll, stellen kann.

Die Veröffentlichung von Pacelli's Reden ist als ein literarisches Ereignis bezeichnet worden. „Wir brauchen kein Werk, das ganz auf dem Boden der Gegenwart steht, eine solche Fülle von religiösen, sozialen, caritativen, geschäftlichen und politisch-kulturellen Problemen beschäftigt und diese von hoher geistiger Würde aus hebt und nur seltenen bald wissenschaftlich, geistlich und weisheitsmäßig beschäftigt.“

Es war nur einen relativ ungarischen Kreis möglich, die jetzt anverkaufte, erste, besonders kostspielig ausgestattete Ausgabe zu erwarten.

Das Verlangen nach einer „wahrscheinlichen Ausgabe“ trat immer lebhafter an den Verlag heran. Wir legen nunmehr dem katholischen Volke diese vielfach gewünschte „wahrscheinliche“ Ausgabe der „Gesammelten Reden“ vor, die noch durch Aufnahme des Artikels „Das Nuntius letzter Tag in Berlin“ um 9 Seiten ergänzt ist. Am Inhalt selbst ist nicht das geringste geändert. Er entspricht vollkommen dem der ersten Ausgabe. Die Ausstattung wird alle Wünsche befriedigen, die man an ein Buch, das jede Hausbibliothek dienen soll, stellen kann.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

BUCHVERLAG GERMANIA A.-G.
Berlin SW 48 / Puttkamerstraße 19

Treuegelöbnis der Saarländer

Aus dem Saargebiet ist folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten eingegangen:

„In der Stunde der Befreiung von Rheinland und Pfalz sind 100 000 deutsche Männer und Frauen im ganzen Saargebiet zu Treuegelübden versammelt, getragen von der bestimmten Erwartung, daß nun endlich auch die Freiheitsstunde für die Saar schlägt, und daß dem einmütigen Willen der Bevölkerung entsprechend jeder Eingriff in die Freiheit von Land und Ehre verhindert wird. Sie geloben dem Herrn Reichspräsidenten ernst und bedingungslos Treue zum Reich und bitten um Entgegennahme ehrerbietigsten Grusses. Im Auftrag: Burk. Bongard.“

Der Reichspräsident hat wie folgt geantwortet:

„Den deutschen Männern und Frauen des Saargebietes dankt ich für das mir in der Stunde der Befreiung von Rheinland und Pfalz ausgesprochene Gelöbnis unbedingter Treue zum Reich. In dankbarer Anerkennung der bisherigen Haltung der Saarbevölkerung nehme ich die Versicherung mit großer Begeisterung und in der sicherer Zuversicht entgegen, daß die Saarländer in ihrer väterländischen Treue niemals wanken werden. Mit Ihnen allen hoffe ich, daß nunmehr auch bald für die Saar die Befreiungsstunde schlagen wird. (gez.) von Hindenburg, Reichspräsident.“

Kurze Nachrichten

* Die Athletische Kommission des States New York hat beschlossen, in Zukunft keinen Boxer mehr wegen eines Rechtschlags zu disqualifizieren. Durch einen Panzer soll der Unterleib geschützt werden.

* Neun Todesopfer bei einem Brand in Leningrad. Die in Leningrad vor langer Zeit mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Rubel erbaute moderne Großfläche brannte gestern vollständig nieder. Es sind neun Todesopfer zu beklagen, darunter drei Feuerwehrleute. Man vermutet, daß Brandstiftung vorliegt.

* Raubmoord an einem Geistlichen. Der Ortsgeistliche von Duschow in Mecklenburg, Gustav Kappel, wurde heute früh tot aufgefunden. An der Leiche wurden Kopf-, Brust- und Bauchhüsse festgestellt. Alles Wahrscheinlichkeit nach kommen als Täter Einbrecher in Frage, die es auf die bis vor kurzem von Kappel verwaltete Kasse des Spar- und Darlehnskassenvereins abgesehen hatten.

* Zeppelin zur Alpenfahrt gestartet. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch vormittag um 7.30 Uhr zu der etwa 8-10stündigen Fahrt über das jüdische Alpengebiet und den bayerischen Wald unter Führung von Kapitän Lehmann aufgestiegen. An Bord befinden sich 32 Passagiere.

* beim Christuskirche in Wels stürzte ein Gerüst ein, auf dem sich zwei Arbeiter und der Kirchenbauer befanden. Hierbei wurde ein Arbeiter und der Kirchenbauer so schwer verletzt, daß sie noch im Laufe des Tages starben. Der andere Arbeiter wurde nur leicht verletzt.

* Doppelmord in Honnef aufgedeckt. Das Ehepaar Kraus, das vorgestern in Honnef mit tödlichen Kopfreißerungen aufgefunden wurde, ist nach den polizeilichen Feststellungen einem Wurm zum Opfer gefallen. Der Mörder ist in der Person eines als arbeitslose bekannten jungen Mannes namens Neumann in Köln festgenommen worden. Neumann hat gestanden, die beiden Eheleute mit einem Bügeleisen erschlagen zu haben. Als Kraus am Boden lag, hat er noch einen Revolver gezogen.

* Vor einer Rede des deutschen Botschafters in Amerika. Am kommenden Sonntag hält der deutsche Botschafter von Prittwitz und Gaffron in den Vereinigten Staaten eine Rundfunkrede über die Förderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

* Absturz in den französischen Alpen. Im Belladonna-Gebirgsstock stürzten fünf Alpinisten ab. Zwei junge Frauen erlitten dabei schwere Verletzungen. Den Verunglückten wurde von zwei anderen Bergsteigergruppen, die sich in der Nähe aufhielten, Hilfe gebracht.

verantwortet in Rom von dem Deutschen Reichstag. Von W. John von Kneipen: A. Bunsen, die in Dresden, 1. April 1920. Dr. und Kreis: Hermann R. H. Blaue, Dresden.

Dresdner Theater

Opernhaus

Kreislag
Ruhiger Mittwoch
abends 19 Uhr

Die gescheitete Frau
DGB Nr. 1 19.1. 2000

Central-Theater

Kathol. Giovanni Schubert
Kommerzienrat W. Reichhardt

Kreislag
abends 19 Uhr

Das Land des Lächelns

Kommend
abends 19 Uhr

Das Land des Lächelns

DGB-Nr. 1 19.1. 2000

Albert-Theater

Kreislag
abends 19 Uhr

Königshof-Theater

abends 19 Uhr

Sensationelles Programm

Städt. planetarium

Dresden-Nr. 1 19.1. 2000

Erden wandeln

am Sonnen

Reitkabinett

Franziskus denken

Nützlich annehmen

Gut und tollig

Nur das will ich

C. Heinze, Lederwaren

Dresden-A. Breitestr. 21

Ecke Neue Wallstr.

Nummer 6 mal niedrig, zu

hoch“ und der Münzstelle

„St. Bonne-Wall“, „Neue

Wand“, „Königlicher Hof-
saal“, „Königlicher Ge-
bäude“, „Münznummer 10 J. 2000“

ausgestellt.“